

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1920**

140 (21.6.1920)

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 4.— M. einschl. 80 3 Postgebühren; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Ablagen 3.80 M.; durch die Post bezogen 3.80 M., ohne Abhol- u. Postgebühren, monatlich. Einzelheft 20 3.  
Ausgabe: Werktags mittags; Geschäftszeit: 7/8—11 und 2—1/2 Uhr abends. Fernspr. Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.  
Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.— M. Die 2spaltige 1.50 M.; bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmefrist 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

### Die Bemühungen zur Regierungsbildung.

Berlin, 19. Juni. Die demokratische Fraktion hat sich dahin erklärt, daß als erste Voraussetzung für ihre Mitwirkung an einer neuen Regierung gefordert werden müsse, daß die Tätigkeit der neuen Regierung sich klar und unzweideutig auf dem Boden der verfassungsmäßigen republikanischen Staatsform aufbaue. Ferner soll in dieser Richtung bestimmte Vorschläge an die demokratische Fraktion gemacht haben, in denen ein unzweideutiges Bekenntnis zur Weimarer Verfassung und zur republikanischen Staatsform enthalten ist.

Das Ergebnis der Sitzung der demokratischen Fraktion ist, wie demokratische Blätter melden, ihre Bereitwilligkeit, mit der Deutschen Volkspartei und dem Zentrum den Block der Mitte zu bilden. Sie machte aber ihren Eintritt in die Regierung nach von 3 Voraussetzungen abhängig:

1. daß die Deutsche Volkspartei sich auf den Boden der Weimarer Verfassung stelle und sich bereit erkläre, diese Verfassung zu verteidigen.
  2. daß bei der Belegung der Parteiführer in der neuen Regierung von den anderen Parteien keine Persönlichkeiten vorgeschlagen werden, die sich in einem allzu starken politischen Gegensatz zu den Demokraten befinden.
  3. daß von den Mehrheitssozialisten die Zustimmung erlangt werde, daß sie im Reichstag ein Verbot des Votums für die neue Regierung erwidern würden.
- Von diesen Bedingungen wird sich die Demokratische Partei, wie uns aus Kreisen ihres Vorstandes erklärt wird, unter keinen Umständen abbringen lassen.
- Berlin, 20. Juni. Die Verhandlungen zwischen Hehrenbach und den Parteiführern gehen als jetzt geblieben, daß man von einer Befestigung der Krise sprechen könne. Die Demokraten sollen durch die Erklärung der Deutschen Volkspartei befriedigt sein. Diese erklärte, daß sie sich auf den Boden der Verfassung stelle und von einer monarchistischen Agitation innerhalb der Regierung absehen werde. Die Deutsch-Nationalen seien entschlossen, in Rücksicht auf die bevorstehenden Verhandlungen in Spa eine ähnliche Haltung wie die Sozialdemokraten einzunehmen.

### Die Vorgänge in der Pfalz.

Ludwigshafen, 20. Juni. In der Nacht zum Samstag um 12 Uhr hat der Streik eingelegt. In der Badischen Anilin- und Sodafabrik sind nur die wichtigsten Betriebsstellen im Gange; alle übrigen Arbeiter und Beamte streikten. Das Gas- und Wasserwerk arbeitet zum unbedingt notwendigen Gebrauch. Die meisten Arbeiter sind auch dort in den Ausnahmestellen. Der Straßenbahnbetrieb ruht vollständig.

Der Schnellzugverkehr in der Pfalz wird aufrecht erhalten, ebenso werden die Militärazüge gefahren. Dagegen ruht der Güterverkehr vollständig. Die Verkehrsarbeiter streikten ohne Ausnahme, dagegen sind die Verkehrsbeamten des äußeren und inneren Dienstes zur Arbeit angetreten. Die Verkaufsläden sind geschlossen mit Ausnahme von einzelnen wenigen Lebensmittelgeschäften. Die Zeitungen erscheinen heute nicht.

Ludwigshafen, 20. Juni. Am Samstag mittag wurde auf Befehl der französischen Behörde von der Eisenbahndirektion dem Eisenbahnpersonal bekannt gegeben, daß es für die französische Behörde beschlagnahmt sei und Verweigerung des Dienstes durch das Kriegsgericht abgeurteilt werde. Auch für die städtischen Beamten ist diese Beschlagnahme für den öffentlichen Dienst angewandt worden.

Ludwigshafen, 20. Juni. Der Generalfreier wurde nur zum Teil durchgeführt. Alle lebensnotwendigen Betriebe müssen auf Befehl der französischen Behörden arbeiten, ebenso die städtischen und die staatlichen Beamten, da im Weigerungsfalle mit Abschließung auf das rechte Rheinufer gedroht wird.

Ludwigshafen, 20. Juni. Es wird berichtet: Die Franzosen haben die größten Vorkehrungen getroffen. Die Stadt und ihre Umgebung ist gepulvert mit Truppen, die in voller Kriegsausstattung in allen möglichen Räumen und Sälen untergebracht sind. Militärs mit Offizieren fahren geschäftig hin und her, Bagage auf Bagage wird ausgeladen usw. Gegen 3 Uhr mittags sind französische Eisenbahnpolizei in der Stadt einmarschiert. Panzerautos, Tanks, Maschinengewehre, leichte Artillerie usw. sind in Bereitschaft. Um 12 Uhr Samstag nacht war der Ausnahmestellung beendet. Wie sich die Verhältnisse in den nächsten Tagen gestalten werden, weiß bis jetzt kein Mensch.

### Die Kartoffel-Verorgung.

Berlin, 20. Juni. Nach den bei der Reichskartoffelstelle vorliegenden Nachrichten sind die Bedarfstellen fast ausnahmslos mit Kartoffeln der letzten Ernte bis zum Eintritt der deutschen Frühkartoffelernte versorgt. Das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft hat sich daher entschlossen, von einem zentralisierenden Einlauf der Frühkartoffeln in Holland Abstand zu nehmen und die Einfuhr der Frühkartoffeln freizugeben.

Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht eine Verordnung, die den Erzeugerpreis für Frühkartoffeln für die Zeit vom 1. Juli bis zum 14. September auf 640 M. für die Tonne festsetzt. Die Landeszentralbehörden können für bestimmte Bezirke diesen Preis für den Monat Juli auf 700 M. erhöhen und für die spätere Zeit wieder herabsetzen.

### Die internationale Streitmacht.

London, 20. Juni. Eine Abordnung des Bundes zur Abschaffung des Krieges hat Lloyd George in einer Unterredung aufgefordert, daß dem Völkerbund eine internationale Streitmacht zur Verfügung gestellt werde, wobei Polen, Armenien und die Dardanellen als Stellen angeführt wurden, an denen eine solche Streitmacht erforderlich wäre. In seiner Antwort wies Lloyd George auf die Schwierigkeiten und den Mangel an Bereitwilligkeit bei Polen und Rußland hin. Jeder der beiden Staaten hätte ein Heer von 1 1/2 Millionen Mann. Englands, Frankreichs und Italiens gesamten Streitkräfte seien in Anspruch genommen und niemand sonst habe Lust, Truppen herzugeben.

### Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion.

tritt am Dienstag, den 22. Juni, nachmittags 3 Uhr, in ihrem alten Beratungszimmer im Reichstag zusammen. Man rechnet, daß bis dahin die neue Regierung gebildet und ihr Programm bekannt sein wird, so daß es möglich sein wird, zu ihr Stellung zu nehmen. Die Genossen Hermann Müller und Löbe werden über ihre Verhandlungen berichten, und im Anschluß daran werden wichtige Beschlüsse zu fassen sein.

### Ende der Reichsschulkonferenz.

Berlin, 20. Juni. Die Reichsschulkonferenz wurde gestern geschlossen. In einer Schlussansprache wies Reichsminister Dr. Koch darauf hin, daß der Kongreß mancherlei gebracht habe, das jetzt noch Samenform sei und später aufgehen werde. Er glaube, daß der Kongreß im Sinne der Beruflichkeit und des Ausgleichs wirken werde, die wir so nötig brauchen. Der Reichswirtschaftsrat werde kommen, um den Reichstag zu unterstützen. Es würde nötig sein, daß ein Reichsdiplomatisch geschäftig werde.

### Der Boykott gegen Ungarn — Ungarns Gegenboykott.

Wien, 20. Juni. Der Boykott gegen Ungarn hat begonnen. Die „Wiener Allgemeine Zeitung“ schreibt: Der Boykott stellt den ersten Versuch dar gewerkschaftlicher Kampfmittel im Dienste einer internationalen politischen Aktion. Das „Neue Wiener Tagblatt“ sagt: Die Boykottierung eines Staates auf Geheiß einer ausländischen Parteiorganisation ist eine noch niemals dagewesene Erscheinung, die unabsehbare Möglichkeiten in sich schließt. Das ist eine Zerstörung der Grundlagen, auf denen das innerstaatliche und internationale Verkehrsleben aufgebaut ist.

Budapest, 20. Juni. Hier sind 200 Waggons Weizen auf Schlepplern aus Jugoslawien einetroffen. Diese sind für Deutschland bestimmt, werden aber nicht weiter befördert, weil mit der Boykottierung Ungarns schon vor dem 20. begonnen wurde, und zwar mit der Zurückhaltung von 20 Waggons Zucker in Wiener Neustadt. In ungarischen Häfen sind erhebliche Mengen von Gold und Rumänien eingetroffen, die von Deutschland für 52 Millionen gekauft und bereits bezahlt wurden. Auch diese Sendungen werden zurückgehalten.

### Erregung in Wien über den Boykott gegen Ungarn.

Wien, 20. Juni. Der Boykott gegen Ungarn ruft in der Bevölkerung Wiens wegen der großen Wirkung auf Österreich lebhafteste Erregung hervor. Die christlich-sozialen Blätter melden, daß der Gewerkschaftsbund der nicht sozialistischen Post-, Telephon- und Fernsprechanstalten beschließen habe, den vom internationalen sozialistischen Gewerkschaftsbund beschlossenen Boykott gegen Ungarn nicht anzuerkennen.

### Klagen der Bergarbeiter über die Brotverorgung.

Essen, 20. Juni. Der Betriebsausschuß der Zeche Eilger Neudorf übermittelte der Deffentlichkeit eine Entschuldig. In der es u. a. heißt: Die Klagen über ungenügende Versorgung mit Brot und über das vollständige Stocken der Lieferung nachfolgenden Mehles nehmen in den Bergarbeiterkreisen einen besorglichen Charakter an. Die Tatsache, daß hier in Essen an die schwerarbeitende Bevölkerung ein unbedeutendes, gesundheitsgefährliches „Etwas“ als Brot ausgegeben wird, erregt die Bevölkerung aufs äußerste. Die Folgen sind, daß die Arbeiter bis zu 90 Prozent an Magenbeschwerden leiden, arbeitsunfähig werden und die Förderung von Tag zu Tag abnehme. Die Bergarbeiter erklären, die 1 1/2 Schichten nicht mehr besuchen zu können, wenn das Brot nicht besser wird.

### Regierungsjorgen in Württemberg und Anhalt.

Stuttgart, 20. Juni. Die Fraktion der Partei des Bauernbundes im Württembergischen Landtag hat angesichts der schwierigen Lage, in der sich das deutsche Volk befindet, sich bereit erklärt, an der Bildung einer Regierung mit den Sozialdemokraten mitzuwirken. Sollten die Sozialdemokraten eine bürgerliche an der Regierung ablehnen, so hält die Fraktion eine bürgerliche an der Regierung für das Gebot der Stunde, weshalb die Fraktion auch zur Mitwirkung an einer rein bürgerlichen Regierung bereit ist. Da die alte Koalition noch eine Mehrheit in Württemberg erhalten hat, so sei es zunächst die Pflicht der in ihr vereinigten Parteien, sich zu erklären, ob sie an der bisherigen Koalition festhalten wollen, oder ob sie geneigt sind, in Verhandlungen über die Bildung einer anderen Regierung einzutreten.

Die Verhandlungen zwischen den Mehrheitssozialisten und den Unabhängigen zum Zwecke der Regierungsbildung einschließlich der Demokraten in Anhalt scheiterten an den unerfüllbaren Forderungen der Unabhängigen.

### Die Arbeitermörder von Thal freigesprochen.

Marburg, 20. Juni. In der Kriegsverhandlung gegen die Marburger Keilfreiwilligen wegen der Ermordung der Thaler Gefangenen wurde das Urteil gefällt. Sämtliche Angeklagten wurden freigesprochen.

### Vom Landarbeiterstreik in Pommern.

Stettin, 20. Juni. Der Landarbeiterstreik in Hinterpommern gewinnt erheblich an Umfang. Im Kreise Köslin umfaßt er bereits über 80 Güter von 88, im Landkreise Stolp kann man fast von einem Allgemeinanstand sprechen. Zum Teil werden sogar die Notstandsarbeiten der Hindert und Arbeitswillige durch tätliche Angriffe gefährdet, so daß die Milchlieferung nach den Städten teilweise aufhört.

Stettin, 20. Juni. Der Landarbeiterstreik in Hinterpommern hat sich auf den Kolberger und den Schlawower Kreis ausgebreitet. Auf dem Gute Replow kam es zu Ausschreitungen gegen Arbeitswillige. Die Notstandsarbeiten sind vielfach verhindert worden.

### Die Unabhängigen erklären sich als die Todfeinde der Sozialdemokratie.

#### Eine Kampfanzeige der Unabhängigen an die sozialistische Arbeiterschaft.

Wie jeder Arbeiter täglich bei Unterhaltungen mit Arbeitskollegen und Klassengenossen erfahren kann, hat das Verhalten der Unabhängigen in der Frage der Regierungsbildung auch in den Kreisen der unabhängigen Wählerchaft recht lebhaften Unmut ausgelöst. Es geht eben nicht in den Kopf eines denkenden Arbeiters hinein, wie eine Partei, die sich Arbeiterpartei nennt, es ablehnen konnte, mit der anderen Arbeiterpartei wenigstens taktisch zusammen zu gehen, wenn es gilt, die Machtposition der deutschen Arbeiterschaft zu befestigen, die schweren Gefahren, die von den Reaktionen und dem Unternehmertum drohen, erfolgreich abzuwehren. Indem die Unabhängigen das Angebot der Sozialdemokratie abgelehnt haben, gemeinsam unter Zurückziehung demokratischer bürgerlicher Elemente eine nach links gerichtete Regierung zu bilden, haben sie an der deutschen Arbeiterschaft einen neuen schweren Frevel verübt. Sie haben dafür in Mecklenburg bereits die erste gebührende Antwort erhalten.

Offenbar hat der Wahlausfall in Mecklenburg und die Nichtstimmung in Arbeiterkreisen über das gemeinschaftliche Verhalten der Unabhängigen, die angeblich so radikalen Herrschaften doch etwas stutzig gemacht. Mit einem bombastischen Aufruf wendet sich nun die Zentralleitung der Unabhängigen an die Arbeiter, um ihnen mit einem wahren Sturzschuß von Projekten begreiflich zu machen, warum die Unabhängigen nicht in die Regierung hinein gegangen sind.

In diesem Aufruf schleudert die unabhängige Parteileitung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft diese Kampfanzeige ins Gesicht:

„Den Wahlkampf hat unsere Partei als Todfeind der kapitalistischen Wirtschaft der bürgerlichen Parteien und der verbürgerlichten Scheinsozialisten geführt.“

Wir müssen es leider den Unabhängigen attestieren, daß es richtig ist, daß sie den Wahlkampf als

#### Todfeinde der Sozialdemokratie

geführt haben. Wenn die Unabhängigen aber in ihrem Aufrufe erzählen, sie hätten gleichzeitig auch den Wahlkampf als Todfeinde der bürgerlichen Parteien geführt, so müssen wir wahrheitsgemäß konstatieren, daß wir davon nichts gemerkt haben. Sowohl die unabhängige Presse, wie die unabhängigen Flugblätter und erst recht die unabhängigen Medien waren beinahe ausschließlich auf den rücksichtslosen Kampf gegen die Sozialdemokratie eingestellt. Die Reaktionen — also ebenfalls Todfeinde der sozialdemokratischen Arbeiterschaft — wurden kaum von den Unabhängigen erwähnt. Wie die Junker, wie die Militärs, die Unabhängigen nur ein Ziel, beherrschte sie nur ein Gedanke: die Vernichtung der Sozialdemokratie. Es war ein leidenschaftlicher Wettstreit zwischen den Deutschnationalen und den Unabhängigen entstanden, wer in der Verleumdung der Sozialdemokratie dem anderen den Rang ablauen kann. Die Unabhängigen spezialisierten nur auf die niedrigsten Instinkte, nur an sie appellierten sie, von sozialistischer Aufklärung, von der großen Gefahr, die alle Arbeiter gleichmäßig bedroht, war so gut wie keine Rede.

Und genau daselbe war bei der Wahlpropaganda der Reaktionen zu beobachten. Weder in den reaktionären Flugblättern, noch in der rechtsstehenden Presse und in den Reden der deutschnationalen und völksparteilichen Agitatoren war von einem Kampf gegen die Unabhängigen etwas zu merken, denn auch sie kannten nur ein Ziel: Vernichtung der Sozialdemokratie.

Ogleich nun die Unabhängigen und die Reaktionen einander so eifrig in die Hände gearbeitet haben, sie haben ihr Ziel nicht erreicht. Wenn auch stark geschwächt, ist die Sozialdemokratie trotzdem als die immer noch stärkste Partei aus dem Wahlkampf hervorgegangen. Wohl haben die Unabhängigen einen Stimmen- und Mandatsgewinn zu verzeichnen, aber die eigentlichen Gewinner sind die Reaktionen. Und um den Gewinn der Reaktionen noch zu erhöhen, haben dann die Unabhängigen abgelehnt, mit in eine linksorientierte Mehrheit und Regierung einzutreten.

Und nun stehen auch die Proletarier, die sich von den radikalen Phrasen der Unabhängigen haben betören lassen, vor der bitteren Tatsache, daß die gemeinsame Sache aller Proletarier ansich schwerste durch die Unabhängigen täglich erneut geschädigt und sabotiert wird.

Dazu höre man, was die unabhängige Parteileitung, sagt, um ihre Stellung in der Frage der Regierungsbildung zu „begründen“:

„Was könnten einige unabhängige sozialdemokratische Minister etwa auf dem Gebiete einer energischen Sozialisierung oder der Enteignung des Großgrundbesitzes durchsetzen, wenn sie in einem Kabinett säßen, in dem die Mehrheit der Minister Verfechter und Helfershelfer der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft und des kapitalistischen Privateigentums sind?“

Die könnten einige unabhängige sozialdemokratische Min-  
ster fähig an die Entwerfung der Gegenrevolution gehen,  
wenn ihnen Minister aus Parteien in die Arme fallen, die der  
Bewaffnung der Arbeiterklasse den wütendsten Widerstand ent-  
gegenstellen?

Was könnten einige unabhängige sozialdemokratische Min-  
ister etwa für die Erweiterung der Arbeiterrechte, für die weit-  
gehendere Beteiligung der Betriebe, für sozialistische Maß-  
nahmen durchsetzen, wenn die Mehrheit ihrer Ministerkollegen  
für Antifaschisten, für Verlängerung der Arbeitszeit und Ab-  
bau der Rente eintreten?

Aber selbst wenn das nicht der Fall wäre, läme für  
eine Koalition mit den Rechtssozialisten nicht in Betracht,  
solange die rechtssozialistischen Gewerkschaftsführer  
mit ihrer Politik der Arbeitsgemeinschaften der kapitalistischen  
Produktion goldene Brücken bauen, solange die politischen Führer  
an der formalen Demokratie und an der Koalitions-  
politik festhalten.

Die Proletarier müssen erkennen, daß die Ziele und Metho-  
den des revolutionären Sozialismus, die Diktatur des  
Proletariats an die Stelle einer von vornherein zur Un-  
fruchtbarkeit verurteilten Koalitionspolitik treten muß.

Darum kann für die Unabhängige Sozialdemokratische  
Partei als Ziel nicht in Betracht kommen die Forderung von  
ein paar Ministerstellen. Ihre Aufgabe bleibt nach wie vor die  
Eroberung der politischen Macht durch die zusam-  
mengeschlossene Kraft des gesamten Klassenbewußten Proletariats.

Welch ein blamables Geständnis der eigenen Unfähig-  
keit und der mangelnden Arbeitsfreudigkeit im Dienste  
der proletarischen Widerstandskämpfe. Und welche eine Komödie  
die wird in dem Anruf den Arbeitern vorgespielt. Wenn  
die Unabhängigen mit in die Regierung einbezogen wären,  
so läßen nicht nur „einige unabhängige Minister“ in der  
Regierung, sondern neben ihnen auch eine Anzahl sozial-  
demokratische Minister. Und wenn die bürgerlich-kapita-  
listische Welt durch eine gemeinsame Aktion der beiden so-  
zialistischen Parteien vor die Tatsache der aktuell veränderten  
proletarischen Macht gestellt worden wäre, so hätte sie  
bei weitem nicht mehr den Widerstand leisten können als  
heute, wo die Unabhängigen unter dem Jubel aller Arbeit-  
erparteien erklären, sie seien die Todfeinde der Sozialdemo-  
kratie.

Serragott, welsch ein Frevel und welsch ein Schaden  
wird durch das verblende Verhalten der Unabhängigen  
erleidet an der deutschen Arbeiterklasse verlißt!

Welch hohen Nutzen werden die Reaktionen und das  
Unternehmertum aus dem Verhalten der Unabhängigen  
ziehen!

Sieben haben sich die deutschen Unternehmer eine ge-  
meinsame Organisation geschaffen, um mit Erfolg die kom-  
menden Wirtschaftskämpfe gegen die Arbeiter führen zu  
können. Das Unternehmertum rafft alle seine Kräfte und  
alle Organisationen aufeinander.

Die Unabhängigen aber erklären sich angedacht dieser  
neuen Gefahr einfach als die Todfeinde der sozialdemo-  
kratischen Arbeiterkraft!

Jeder Proletarier, der auch nach diesem ungeheuerlichen  
unabhängigen Frevel an der Arbeiterkraft sich noch für die  
Unabhängigen erklärt, verlißt Totenarbeit an seiner eigenen  
Klasse zu verrichten.

Die Unabhängigen haben uns erneut den Kampf enga-  
giert. Wir müssen ihn aufnehmen. Und sie sollen erfahren,  
daß wir diesen Kampf auch zu führen wissen werden.

Am Schlusse eines Artikels, in dem der „Vorwärts“  
die Kampfstrategie der Unabhängigen behandelt, heißt es:  
Das ganze Schrifttum ist durchzogen von Angriffen auf die  
„formale Demokratie“ und Verherrlichungen der „Diktatur des  
Proletariats“. Dabei wird natürlich auch mit den bekannten  
Vorwürfen gegen „unfruchtbar Reformpolitik“ und den „Ver-  
rat“ der Rechtssozialisten nicht gespart. Die Freunde der Re-  
formpolitik betrieblieben nicht — aber wo sind die Früchte  
der U.S.D. Politik? Und will man nicht endlich so ehrlich  
sein zuzugeben, daß die Sozialdemokratie mit ihrem  
Bekanntnis zur politischen Gleichberechtigung, zum  
allgemeinen Wahlrecht den alten Grundfragen keine  
Antwort gegeben ist, während die Unabhängigen diese  
Grundfrage ausgenommen einer ganz nebelhaft verschwommenen  
„Diktatur des Proletariats“ beziseig haben?

### Väter und Söhne.

Roman von Ivan Turgeneff.

Die Fürstin erschien wirklich; sie sah ganz verblüht aus,  
was den boshaften Ausdruck ihres schrumpften  
alten Gesichts noch erhöhte.

Katia war nicht wohl; sie kam gar nicht zum Vorschein.  
Arkadi schloß plötzlich, daß er mindestens ebensoviele Katia  
zu sehen gewünscht hätte wie ihre Schwester.

In gleichgültigen Gesprächen über diesen und jenen  
Begenstand schwandten vier Stunden hin; Anna Serge-  
jewna hörte zu und sprach ohne Rücksicht. Erst im Augen-  
blick des Abschiednehmens schien ihre alte Teufelsart wie-  
der aufzuleben.

„Sie müssen mich sehr übel gekannt gefunden haben“,  
sagte sie, „aber Lehren Sie sich nicht daran und kommen  
Sie in einiger Zeit wieder, hören Sie.“

Wasaroff konnte wie Arkadi antworteten nur mit einer  
humigen Verbeugung, nahmen in ihrem Wagen Platz und  
fuhren, ohne irgendwo sich aufzuhalten, direkt nach Marino,  
wo sie am Abend des folgenden Tages wohlbehalten an-  
kamen.

Auf dem ganzen Wege nannte weder der eine noch der  
andere auch nur Frau Obinoffs Namen; Wasaroff ins-  
besondere tat fast gar nicht den Mund auf; mit einer ge-  
wissen erbitterten Spannung waren seine Augen unablässig  
auf die fern abliegende Landschaft gerichtet.

Zu Marino war alles über ihre Ankunft hoch erfreut.  
Die lange Abwesenheit seines Sohnes hatte Nikolaus  
Petrowitsch zu beunruhigen angefangen. Er stieß einen  
Schrei aus, sprang vom Sofa auf und ging aufgeregt hin  
und her, als hätte er mit freudenschwellendem Gemüte zu  
ihm ins Zimmer geeilt kam und ihm die Ankündigung der  
jungen Herren meldete. Sogar Paul Petrowitsch empfand  
eine gewisse angenehme Regung und lächelte herablassend,  
als er den heimgekehrten Touristen die Hand reichte.

Man begann von der Reise zu plaudern. Arkadi war  
am redlichsten, besonders beim Abendessen, das sich bis  
weit über Mitternacht hingog. Nikolaus Petrowitsch hatte  
einige Flaschen Portier auftragen lassen, das er vor kurzem

Der ganze allseitige Wutent des Zentralkomitees beweist  
nur aufs neue, daß sich nach dem Abgang der alten in sozial-  
istischen Gedankenrichtungen geschulten Führer eine unglau-  
bige Konfusion in der Leitung der U.S.D. breitgemacht.  
Diese Konfusion ist Schuld an dem verhängnisvollen Entschluß  
durch Verweigerung positiver Arbeit zum Schu-  
der Republik und der Arbeiterinteressen die Bildung einer  
bürgerlichen Regierung zu erzwingen und alle  
Macht den Gegnern der Arbeiterbewegung in die Hände  
zu spielen. Die Arbeiter begreifen diesen Ent-  
schluß nicht und werden ihn nicht begreifen, mag  
das Zentralkomitee noch so viel Bombenreden von Entschlossen-  
heit und Mut hören, daß sie mit Vertretern, die die Wahr-  
heit ihrer Klasseninteressen auf Grund tiefster theoretischer  
Erwägungen preisgeben, nicht anfangen können. Die  
Arbeiter haben der U.S.D. Mandate gegeben, sie fast läßtlich  
„Achtung damit nicht zu verlieren.“ Die Arbeiter aber  
sind die Axteln und sagen: Einmal und nicht wieder!

### Politische Uebersicht.

Das amtliche Ergebnis der Reichstagswahlen.

Berlin, 19. Juni. Der „Reichsanzeiger“ veröffentlicht jetzt  
das amtliche Ergebnis der Reichstagswahlen. Danach wurden  
im ganzen 26 017 890 Stimmen abgegeben. Davon entfielen  
auf die Sozialdemokratische Partei 8 614 432, auf das Zentrum 8 540 890,  
auf die Deutsche Demokratische Partei 2 202 334, auf die Deutschnationalen  
3 730 778, auf die Deutsche Volkspartei 8 006 316, auf die Un-  
abhängigen 4 894 317, auf die Deutsche Mittelstandspartei  
11 920, auf die Kommunisten 44 905, auf die Deutsche Arbeit-  
partei und Arbeitspartei 43, auf die Nationaldemokratische  
Partei 3283, auf den Bayerischen Bauernbund 118 854, auf die  
Dänische Landespartei 319 100, auf den Deutschen Arbeit-  
partei für Stadt und Land 88 652, auf die Christliche Volks-  
partei 65 210, auf die Bayerische Volkspartei 1 171 722, auf die  
Deutsche Sozialistische Partei 7210 und auf die Bayerische Volks-  
partei 4052 Stimmen; die übrigen Stimmen zerstreuten sich.  
Demnach besteht der Reichstag aus 466 Abgeordneten; 112  
Sozialdemokraten, 68 Zentrumselementen, 45 Deutsche Demokraten,  
66 Deutschnationalen, 69 Deutsch-Volksparteiler, 81 Un-  
abhängigen, 2 Kommunisten, 4 Vertretern des Bayerischen Bauern-  
bundes, 5 Hanoveraner und insgesamt 21 Angehörigen der  
Bayerischen und der Christlichen Volkspartei. In diesen Ziffern  
sind 17 Mandate der Sozialdemokratie, 9 des Zentrums und  
5 der Demokraten aus dem Wahlkreisgebiet einbezogen.  
ferner 1 Sozialdemokrat und ein Demokrat, die gemäß § 88  
Absatz 2 des Wahlgesetzes für den Rest des bisherigen Wahl-  
kreises II übernommen sind.

### Die Reichslisten.

Nach amtlicher Bestimmung sind 466 Abgeordnete zum  
Reichstag gewählt. Es entfallen auf die Reichslisten für die  
Sozialdemokratie 8 Sitze, die U.S.D. 7, für das Zentrum 6,  
die Deutschen Demokraten 8, die Deutschnationale Volkspartei  
9, die Deutsche Volkspartei 8, den Bayerischen Bauernbund 1,  
die christlich-liberalistische Partei 2.

### Diktatur eines Führerklüngels.

Ueber das Verhalten der Unabhängigen bei der Frage  
der Regierungsbildung urteilt der unabhängige Schriftstel-  
ler Karl Schaeff:

Wer unter Arbeitern verkehrt, kann täglich und stünd-  
lich die Erfahrung machen, daß sie nicht durchweg einver-  
standen sind mit der Haltung der Führer. Man hat sich  
von der Wahl doch etwas mehr verprochen, als bloß eine  
Politik der parlamentarischen Enthaltung und Passivität.  
Von den unabhängigen Reichsvertretern erwartete man,  
daß sie eine aktive Politik treiben und dadurch die Sache  
der Revolution fördern würden. Allerdings, man hatte  
nimm auch nicht auf und vor aller Welt, so doch still und  
inzwischen mit der Möglichkeit einer sozialistischen Mehr-  
heit gerechnet, da die nun doch einmal nicht zu erreichen  
war, sollte man wenigstens mitnehmen, was zu bekommen  
sei. So denken viele überaus gute Sozialisten.

Die Verfehlung einer Regierung, in der die vereinigten  
sozialdemokratischen Parteien, wenn auch nicht ausschlag-  
gebend, so doch großen Einfluß hätten, manche der so-  
zialistischen Forderungen durchsetzen und manche Schäd-  
igung wichtiger Volksinteressen verhindern konnten — diese

aus Wostau erhalten und das ihm so auszeichnete mün-  
dete, daß seine Wangen purpurrot wurden und er gar nicht  
aufhören konnte in einer gewissen kindlich-nerösen Weise zu lachen.

Der allgemeine gute Humor hatte sogar die Domestiken  
angesteckt. Dariajda lief fortwährend wie benebelt im  
Saal umher und warf während die Eltern ins Schloß-  
und Peter verhielt sich noch in der dritten Morgenstunde auf  
der Gaisarke einen Stotakommalzer zu spielen. Magend und  
angenehm klangen die Lüne in die stille Nacht hinaus; aber  
über die kleine einleitende Kolonatur kam der gebildete  
Kammerdiener nicht hinaus; die Natur hatte ihm das  
musikalische Talent verweigert, wie überhaupt jedes andere.

Indes waren die Bewohner von Marino nicht ganz frei  
von Sorgen und der arme Nikolaus Petrowitsch hatte sein  
gutes Teil davon. Mit jedem Tage wuchsen die Verdrieß-  
lichkeiten — und wie flehnliger Art waren sie! Die Wlad-  
reien mit den gemieteten Arbeitern wurden geradezu un-  
erträglich. Die einen forderten plötzlich Auszahlung oder  
Erhöhung des Lohnes, andere liefen fort, nachdem sie einen  
Vorstoß erhalten hatten; die Pferde wurden krank; das  
Geschirr war jeden Augenblick in Unordnung; die Arbeit  
wurde schlecht getan; eine Dreischmähne, die er aus Mos-  
kau hatte kommen lassen, erwieb sich wegen ihrer Schwer-  
fälligkeit als unbrauchbar; eine Pflanzhöhe zerbrach beim  
ersten Versuch; der Viehhof brannte halb ab — dank der  
alten halbblinden Frau eines Leibeigenen, die bei heftigen  
Winde mit einer Fackel voll glühender Kohlen ihre frange  
Kuh hatte beschützen wollen — nach der Versicherung  
dieser selben Alten freilich war das ganze Unglück daher  
gelommen, daß ihr Herr es sich hatte einfallen lassen, was  
nie dagewesene Kühearten und andere neue Milchvieher  
bereiten zu lassen. Der Verwalter wurde plötzlich faul und  
begann sogar die und ließ zu werden, wie jeder Knecht, der  
mit „freiem Brot“ gesättigt wird. Seine Tätigkeit be-  
schränkte sich darauf, mit einem Steine nach einem vorbeir-  
laufenden Ferkel zu werfen, oder einem halbnaakten Kinde  
zu drohen, sobald er Nikolaus Petrowitsch erblickte; die  
übrige Zeit verhielt er sich ruhig. Die Freihändler be-  
schäftigten nichts und stahlen Holz. Fast in jeder Nacht hatten

Vorstellung hat für die Massen etwas ungemein Verlocken-  
des. Wer dies leugnet, kennt die Arbeiter nicht und schiebt  
ihnen die eigene Bejammung und Ueberzeugung irrtümlich  
unter. Das Verständnis für eine Politik der Enthaltung  
ist bei den durch theoretische Klugeleien nicht verbildeten  
und durch Bräuterei nicht zu betörenden einfachen  
Menschen nicht sonderlich groß. Ihr Sinn ist mehr auf  
Praktische gerichtet, und sie halten dafür, daß man auch in  
der Politik jeden in Reichweite liegenden Erfolg sich zugute  
machen müsse.

### Leichenmüllers Dystotol.

Richard Müller, der bekannte Führer der Berliner U.S.D.,  
Metallarbeiter und Kateschwarmer, hat seine Meinung, daß der  
Weg zur Nationalversammlung nur über seine Leiche ginge,  
wohlbestanden überlebt. Erst jetzt ist er den Dystotol ge-  
worden, und das nicht wegen der Nationalversammlung, sondern wegen  
der revolutionären Taktik des neuen U.S.D.-Hauptvorstandes des  
Metallarbeiterverbandes. Vor einiger Zeit hatte Richard Müller  
als Redakteur der Metallarbeiterzeitung einen Artikel verfaßt,  
den er „Unternehmermüllers“ betitelte. Der revolutionäre  
Herr U.S.D.-Vorstand ließ aber die bereits fertig gedruckte Num-  
mer wieder einkampfen, weil Richard Müllers scharfe Worte ihn  
in seinen Verhandlungen mit den Unternehmern störten. Nun  
hat sich Richard Müller darüber beim Verbandsauschuß be-  
schwert, aber dieser hat mit 49 gegen 15 Stimmen dem Leichen-  
müller ein Mißtrauensvotum gegeben und die maßgebende „revo-  
lutionäre“ Verhandlungstaktik des unabhängigen Hauptvorstandes  
des aufgehoben. Richard Müller hat darauf seinen Redakteur-  
posten niedergelegt — der Kampf des linken U.S.D.-Führers im  
Metallarbeiterverband gegen den rechten U.S.D.-Führer wird auf  
dem nächsten Verbandstag lustig ausgefochten werden.

Ein Blick, daß etwas dazwischen nicht unter dem alten  
monarchischen U.S.D.-Hauptvorstand vorgekommen ist! Dann  
hätte nämlich das Geschick der unabhängigen Klasse und die  
Chancen der Partei, so aber hat natürlich alles seine revolutionäre  
Bedeutung. Armer Leichenmüller!

### Ausbau der Unternehmerorganisationen.

Berlin, 19. Juni. Bei der Vereinigung der Deutschen Ar-  
beitgeberverbände haben in den letzten 4 Wochen die folgenden  
Verbände die Mitgliedschaft erworben:

- Arbeitgeberverband der Papier bearbeitenden Industriellen  
Berlin;
- Arbeitgeberverband Stahl- und Eisenindustrie, Stahlwerk;  
Arbeitgeberverband der Deutschen Pflanzindustrie, Berlin;  
Bayerischer Deutscher Chrom- und Wapppapierverarbeiter, Berlin;  
Arbeitgeberverband der Deutschen Lederindustrie, Berlin;  
Main-Häute-Verband, Elmham;
- Vereinigung der Industriellen von Ansbach und Umg., Ansbach;
- Arbeitgeberverband der Papier- und Lederwarenindustrie  
Jülich i. B.;
- Arbeitgeberverband Barnim Gb. Ost, Berlin;
- Verband der Deutschen Oelmüller zur Wahrung ihrer ge-  
meinsamen Interessen, Berlin.

### Ungarn — die Schande Europas.

Am 1. Juni, abends 9 Uhr, drangen in Kistunselegyha  
bewaffnete Soldaten in das Gefängnis des Bezirksgerichts. Sie  
schleppten aus den Zellen die dort befindlichen, seit Monaten  
nicht benommenen Mitglieder des Ordnungsausschusses aus den  
Hof des Gerichtsgebäudes. Hier wurden sie von den Soldaten  
überfallen und in furdtbarer Weise mißhandelt. Die Bewoh-  
ner der Gemeinde hörten die gellenden Hilferufe bis spät nach  
Mitternacht, aber niemand wagte, den Bewohnern zu  
Hilfe zu eilen. Die Soldaten peinigten zwei Häftlinge mit  
Knüttelstichen und Bajonettschüssen, bis beide im Gefängnis  
starben. Ein weiterer wurde mit lebensgefährlichen Stichwun-  
den in das Neckenerer Spital gebracht. Der vierte wurde  
verhaftet und es fehlt von ihm jede Spur. Ferner wurden  
nach 16 Arbeiter aus dem Kistunselegyhaer Gefängnis ver-  
schleppt, nach Neesmet überführt, wo sie in der Kaserne des  
Detachements Gehirns ihres weiteren Schicksals harren.

In der Nationalversammlung verlas der Vizepräsident  
Gáa ein Verles, den er aus seinem Wahlsitz erhalten  
hatte. Am Abend des Debattenabends, am Platz des dort  
begonnen im August des Vorjahres die Greuelthaten des weißen

die Wächter Pferde, die den Bauern gehörten und auf den  
„herrschaftlichen“ Weiden weideten, wegzurücken — zuwei-  
len nicht ohne lebhaften Widerstand. Nikolaus Petrowitsch  
hatte eine Geldstrafe für dieses Vergehen festgesetzt; aber  
die Sache endete in der Regel damit, daß die eingezogenen  
Pferde, nachdem sie zwei, drei Tage auf dem Gute gefesselt  
worden waren, ihren Eigentümern zurückgegeben wurden.  
Um all diesen Blödsinn die Krone aufzusetzen, gingen die  
Bauern an sich an rufen: Wirbel verlangen die Teilung,  
weil ihre Frauen nicht mehr unter demselben Dache zu-  
sammenleben könnten; jeden Augenblick entstand in dem  
Dorfe eine Prügelfest; wie auf Kommando verammelte sich  
ein Haufen von Bauern vor der Wohnung des Verwalters  
von dort gegen sie, oft mit erschlagenen Gesichtern und  
in trunkelem Zustande, zu dem Herrn selbst und forderten  
Gerechtigkeit; in das Lärmen, Schreien und Heulen der  
Weiber mischte sich das Schimpfen ihrer Männer. Man  
mußte die streitenden Parteien auseinander bringen, rufen  
und schreien, bis einem die Stimme vor Heiserkeit versagte  
— obgleich man zum Voraus wußte, daß all diese Anstreng-  
ungen nichts nützen. Bei der Ernte fehlte es an Arbeit-  
tern. Ein benachbarter Odnobozsch — nach dem Gesetze  
zu urteilen, die ehrlichste Part von der Welt — der sich  
verpflichtet hatte, für zwei Hektar die Desigint Schmitt  
zu liefern, brach in der gewissenlosten Weise sein Wort.  
Die Bäuerinnen forderten einen unerhörten Lohn, und im-  
merhin begann das Getreide auszufallen. Die gleichen  
Schmerzerfahrungen hatte man bei der Saatzeit; und zu allem  
Ueberflus verlangte plötzlich das Wolkensiratorium die so-  
fortige und ganze Bezahlung der verfallenen Zinsen.  
„Es geht über meine Kräfte!“ rief ein über das andere  
Mal Nikolaus Petrowitsch voll Verzweiflung. „Es ist mir  
unmöglich, die Zinsen selbst zu bezahlen und meine Zukunft  
zur Politik zu nehmen, erlauben mir meine Grundstücke nicht.  
Indes ohne Zucht vor Strafe ist nichts mit ihnen anzu-  
fangen.“

„Nur ruhe, nur ruhe.“ Dachte dann Paul Petrowitsch  
zu antworten, aber trotz dieses Rates brummte er selbst  
vor sich hin, machte ein finstres Gesicht und drehte sich den  
Schultern.

\*) Wirklich „Ginghof“: freier Bauer von adliger Herkunft.

Terrors) er-  
verboten  
Kette, zu  
neigen.  
der Bedie-  
wurde vor  
Bühnung  
Redakteur,  
Rolle gespi-  
wurde. Da  
enthalten  
die Ereigni-  
nach immer  
nd in der

Brüffel,  
hungsrevi-  
die Stamm-  
gung der  
festhalten.

Weiter  
neu gewöh-  
an Abgeor-  
Frauen und  
sie kein St

Nopenh  
die dänische  
Lagen aus-  
den am 6.  
damit zu  
dauern wir  
schlossen für  
Nordfriesl

Japan  
Tokio,  
am 14. Zu  
holt gesag-  
gabe von  
gab dieses  
rett. Die  
Frieden in  
willig hat  
den Bestim

Die tie-  
Politik für  
leuchtet  
Erfolg der  
Seite bez-  
bleibt ein  
halb foun-  
Lage sam-  
die Mög-  
der Mitte  
Bresse

sonde, in  
lehren un-  
Daily  
ist die  
Regierun-  
viel ge-  
die Reg-  
glaubt  
sie ist,  
der beh-  
das his-  
Volkshen-  
Bolshew-  
schlag  
niffen  
hoffen

Deutsch-  
den. D  
brachte i  
mung, u  
Krieges  
Krauten  
brungen  
seits De  
Gewaltf  
füllen.  
miteman  
Koalition  
für jeden  
die es i  
Situatio  
Veleuchte

würde  
für die  
Spaton  
Minist  
gleich  
die be-  
liegt.  
Es muß  
ges u  
und d  
Es  
Stimme  
gegenü  
den. I  
Frieden  
litions-  
nicht a  
diesem  
leumbu  
Waffen  
erkannt  
Erug.  
aber ge  
großen  
Brecht

Verloren und schied irrtümlich... Entschuldigungsverbinden... einsehen... an auch in... sich zugute...

Der Redakteur einer Fachzeitschrift, Dr. Konrad Holländer, wurde vor acht Tagen in der Nacht von Offizieren aus seiner Wohnung herausgeholt. Seine Familienangehörigen stellten Nachforschungen an, doch konnten sie nicht feststellen, wo der Redakteur, der während des Kommunismus überhaupt keine Rolle gespielt und mit Politik sich nicht beschäftigt hatte, verhaftet wurde.

Verfassungsrevision in Belgien.

Brüssel, 19. Juni. Die Beratungen über die Verfassungsrevision sind gestern wieder aufgenommen worden. Die Kammer beschloß gegen vier Stimmen die Entschädigung der Kammermitglieder auf 1000 Franken monatlich festzusetzen.

Weiter wurde beschlossen, daß die Kammer alle 4 Jahre neu gewählt werden muß und daß auf 40 000 Einwohner ein Abgeordneter entfällt. Ebenso ist die Wählbarkeit von Frauen angenommen worden, mit der Einschränkung, daß sie kein Stimmrecht haben.

Neuwahlen in Dänemark.

Kopenhagen, 19. Juni. Wie „Politiken“ meldet, hat die dänische Regierung beschlossen, den Reichstag in einigen Tagen aufzulösen. Die nächsten Folketingwahlen werden am 6. Juli abgehalten. Hiernach scheint die Regierung damit zu rechnen, daß es noch mehr als einen Monat dauern wird, ehe die Verhandlungen mit Deutschland abgeschlossen sind und die Souveränität über die erste Zone Nordischswigs an Dänemark übergeben kann.

Japan zur Rückgabe von Kiautschou bereit.

Tokio, 19. Juni. Japan veröffentlicht den Inhalt einer am 14. Juni an China gerichteten Note. Darin wird wiederholt gesagt, daß Japan wünschige Verhandlungen über die Rückgabe dieses Gebietes und zur Zurückziehung der Truppen bereit ist. Die Note erinnert daran, daß China vor dem Versailler Frieden in die Übertragung von Schantung an Japan eingewilligt hat. Die Rückgabe von Kiautschou an China würde an den Bestimmungen des Versailler Vertrages nichts ändern.

Friedensdiktat und Wahlergebnis.

Die tiefen Zusammenhänge zwischen äußerer und innerer Politik sind in den letzten Tagen deutlicher als je vorher beleuchtet worden. Wenn wir das Wahlergebnis als einen Erfolg der Extreme auf der rechten und auf der linken Seite bezeichnen, so ist dies zwar durchaus richtig, aber es bleibt eine Feststellung und gibt keine Begründung. Weshalb konnten die Extreme so stark werden, daß sie in die Lage kamen, die bisherige Koalition zu erschüttern und ihr die Möglichkeit zu nehmen, die bisher eingeschlagene Politik der Mitte fortzusetzen?

Pressestimmen, die in den letzten Tagen aus dem Ausland, insbesondere aus England, hierherkamen, belehren uns über die Gründe hierzu. Die durchaus liberale „Daily News“ schreibt:

Der Wille zum Frieden ist die Ursache der bisherigen Regierung ist die wirtschaftliche Lage Deutschlands. Tatsache ist, daß die Regierung dafür nur wenig Verantwortung trägt. Eine viel größere tragen die alliierten Mächte. Aber trotzdem hat die Regierung die ganze Last auf sich geschleppt und niemand glaubt in Deutschland, daß die Lage schlechter sein könnte, als sie ist, und deswegen hat in Deutschland jeder gute Ausblick, der behauptet, man könne sie besser machen. Deswegen muß das bisherige Ministerium gehen, wie seine Anhänger, die die Volkswirtschaft fürchten, zu den Nationalisten flüchten und zur Volkspartei, und wie die, die einen neuen reaktionären Anschlag erwarten, noch weiter nach links gehen. Die Kommunisten haben schlecht abgeschnitten. Deutschland wird nicht bolschewistisch, außer rein durch Vergewaltigung.

Deutlicher kann die Situation nicht gekennzeichnet werden. Das Friedensdiktat von Versailles brachte über das deutsche Volk eine Verzweiflungssituation, über der es die Leiden des dreierhalbährigen Weltkrieges beinahe vergaß. Die Koalition aus Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum, die in Weimar notgedrungen die Regierung übernahm, mußte verdrängen, einerseits Deutschland in die Höhe zu bringen, andererseits die Gewaltforderungen der Entente so gut wie möglich zu erfüllen. Daß sie an der Unmöglichkeit, beide Forderungen miteinander in Einklang zu bringen, scheitern, und daß die Koalition in die Brüche gehen mußte, war von vornherein für jeden klar, der nicht an Danförsitzgefühle appellierte, die es in der Politik nicht gibt. Noch deutlicher wird die Situation durch folgende Ausführungen der „Daily News“ beleuchtet:

„Selbst wenn große Staatsmänner am Werk wären, würde dies wenig nützen, falls die alliierte Politik bleibt, was sie bisher gewesen ist: Ein mit Sicherheit arbeitender Hebel für die Befreiung Deutschlands. Heute hört man, daß die Epochenferne wieder verschoben ist. Dadurch kann das neue Ministerium Zeit gewinnen, um festen Fuß zu fassen. Aber gleichzeitig wird auch die lähmende Ungewißheit vergrößert, die der Hoffnungslosigkeit der deutschen Nation zu Grunde liegt. Die Alliierten sollen nur unmögliche Forderungen in Spa aufstellen, wie das täglich von Frankreich geschieht. Dann muß überhaupt jede deutsche Regierung innerhalb eines Tages zu Grunde gehen, denn es bleiben dann nur der Putz und die Barrikade.“

Es bleibt zu bezweifeln, ob diese wenigen einsichtigen Stimmen dem laut hallenden Chor der Chauvinistenbrefle gegenüber sich Eingang zu verschaffen im Stande sein werden. In jedem Falle ist das eine klar: Eine vernünftige Friedenspolitik der Entente hätte es der deutschen Koalitionsregierung ermöglicht, die Befriedigung der Sieger nicht auf Kosten des eigenen Landes vorzunehmen. In diesem Falle hätte sich keine rechte- oder linksradikale Verleumdung aufrecht erhalten lassen, sondern die breiten Massen des wahlberechtigten Volkes hätten sie bald als das Erkant, was sie von Anfang an waren: Eitel Lug und Trug. Infolge der entenistischen Gewaltpolitik aber gelang es den radikalen Elementen in Deutschland großen Wählermassen einzureden, daß die von der Koalition eingeschlagene Politik falsch war.

An dem Wahlergebnis des 6. Juni haben weder die „Sieger“ in Deutschland rechte Freude, noch werden die Nachhaber der Entente eine solche empfinden. Diese Enttäuschungen könnte man ihnen recht von Herzen gönnen, wenn nicht letzten Endes Deutschland selbst am schwersten durch das von Wut und Erbitterung nicht aber von Einsicht sprechende Wahlergebnis getroffen worden wäre.

Badische Politik.

Zur Umbildung der badischen Regierung.

Ein ansehnend offizieller Artikel der „Karlsruh. Ztg.“ befaßt sich mit der bevorstehenden Umbildung des badischen Kabinetts. Hierbei wird betont, daß man in Baden nicht daran denke, die bisher betriebene Koalitionspolitik anzugehen und daß die Umbildung des badischen Kabinetts keineswegs einen hochpolitischen Charakter habe. Sie bedeutet nichts weiter als die Anpassung an die durch die Reichstagswahlen bestätigte Tatsache, daß das Zentrum bei uns die stärkste Partei ist und zugleich entspreche sie dem schon oft geäußerten Wunsch nach Vereinfachung der Staatsverwaltung. Der Artikel des amtlichen Blattes hebt dann weiter hervor, die Landtagsitzungen der verflochtenen Woche hätten gezeigt, daß die alte Koalition in Baden im wesentlichen durchaus reibungslos zum Besten des Landes weiter arbeite. Der neue Finanzminister, Köhler, habe vor der Kammer sehr gut abgeschnitten. Schließlich berührt der Artikel noch die Frage der Personalmischung von Baden und Württemberg und bemerkt dazu, es habe sich von neuem gezeigt, daß die große Mehrheit unserer Bevölkerung von einem solchen Zusammenstoß nichts wissen wolle und, da wir in Baden bisher gar nicht schlecht gefahren seien, keinen Grund hätten, die gesunde Entwicklung unseres Landes durch die Verkopplung mit einem andern Lande unmöglich zu gefährden.

Wie die Eisenbahner zur Reichstagswahl gewählt haben.

Der „Badische Beobachter“ berichtet: Von den 1543 deutschen Eisenbahnbeamten und -Arbeitern in Baden, die von ihrem Wahlrecht Gebrauch machten, haben 779 der U.S.P., 113 der M.S.P., 8 den Kommunisten, 364 dem Zentrum, 228 der Deutschdemokratischen, 25 der Deutschen Volkspartei und 26 den Deutschnationalen ihre Stimme gegeben. Auffallend ist hier das starke Anwachsen der U.S.P. Während die M.S.P. bei der Wahl zur deutschen Reichstagsversammlung im Januar 1919 eine Stimmenszahl von 778 auf sich vereinigte, entfielen jetzt 779 auf die U.S.P. und nur 113 auf die M.S.P. Das Zentrum hat seinen Bestand gemehrt.

Daß die Eisenbahnbeamten und Eisenbahnarbeiter in beträchtlich höherem Maße unabhängig gewählt haben, ist auch in anderen Wahlbezirken beobachtet worden, wo die „Eisenbahner“ einen starken Prozentsatz der Wahlberechtigten gestellt haben. Durch die Stimmenabgabe für die U.S.P. wollten offenbar die unabhängig wählenden Eisenbahner den Unabhängigen den Dank abtrotzen, daß diese Herren bei allen Bestrebungen zur Befreiung der Lage der Eisenbahner praktisch nichts getan haben, während von den Koalitionsparteien, besonders aber von der Sozialdemokratie energisch für die Eisenbahner eingetreten wurde. Und das sollte offenbar uns Sozialdemokraten heimbezahlt werden. Wenn die durch die Unabhängigen verschuldet, mehr nach rechts orientierte Regierung sich längere Zeit behaupten sollte, werden vielleicht auch die unabhängigen Eisenbahner einsehen, wie geschieht sie am 6. Juni gehandelt haben.

Erhöhte Milchpreise!

Man schreibt uns: Anlässlich der Erhöhung des Milchpreises ist ein Teil der Presse scharf kritisch. Man beklagt ein Bedürfnis für diese Erhöhung, da die Futtermittelpreise nicht unwesentlich zugenommen seien. Es ist sehr schwer über einen angemessenen Preis für Milch zu diskutieren, weil in der Tat die Gestehungskosten der Milchproduktion sehr stark schwanken. In manchen Gegenden des Landes arbeitet die Landwirtschaft unter ungünstigen Verhältnissen, während in anderen Gegenden die bei einem Preise von 1,50 M. sicherlich gut bestehen kann. Unbedenklich ist die Tatsache, daß die Milchproduktion ständig abnimmt. Insbesondere sind es die größten landwirtschaftlichen Betriebe, von denen behauptet wird, daß sie bei den gesteigerten Lohn- und sonstigen Ausgaben mit den jetzigen Milchpreisen nicht mehr bestehen könnten. Wie dem aber auch sei: letzten Endes werden auch von der Landwirtschaft derartige Fragen zu Machfragen gestellt, was dieser besser leidet möglich gemacht wird, je mehr Menschen auf das Damfeln nach Milch ausgehen. In weiten Schichten der Bevölkerung will man die Milchmangel ungehindert wissen. Mit dem alten Schlagwort: „Die Keinen singt man, die Großen läßt man laufen!“ sucht man das Damfeln umsetzen zu rechtfertigen ohne dabei daran zu denken, daß auf solche Weise täglich über tausende Liter Milch der Allgemeinheit bewirtschaftung entzogen werden. Für gehaltvolle Milch wird in der Regel ein höherer Preis bezahlt. Auf diese Weise wird es der Landwirtschaft möglich gemacht, den Preis für die gehaltvollere Milch zur Grundlage ihrer Einnahmeberechnung zu machen.

Die Behörde hat aber nicht nur den Kampf gegen rentierte Landwirte und Hausierer zu führen, auch weite Verbraucherkreise machen ihr das Leben mit dem Hinweis schwer, die Milchversorgung wäre sehr viel besser, wenn die Preise für Milch rechtzeitig erhöht würden. Man darf nur einmal das sich in der vollzogenen Schauspiel ansehen, wo vom Gemeindevorstande zusammen von sich aus den Milchpreis auf 1,50 M. erhöht. Kann man es da der Landwirtschaft noch verzeihen, wenn sie unter solcher Deckung den Milchpreis aufnimmt, sobald die Regierung versucht den amtlich festgesetzten Höchstpreis (der damals 80 s resp. 1,20 M. war) aufrecht zu erhalten. Schließlich darf man auch noch an die Wahlagitatorien der letzten Wochen erinnern, bei der die Redner fast aller Parteien den Standpunkt möglichst baldiger Befreiung der Zwangslandwirtschaft vertraten. Wenn also an der amtlich festgesetzten Erhöhung Kritik geübt wird, so darf man diese Erscheinungen nicht außer Acht lassen. Es gibt eben große Teile unseres Volkes für welche die Sicherung der Lebensmittel eine Frage erster Ordnung und die Preisfestsetzung erst eine solche zweiter Ordnung darstellt.

Um Herrn Spang.

Herr Landtagsabgeordneter Bezirksleiter Spang, von jeder das einseitig terribile des Zentrums, ist bekannt als ein Mann robusten Auftretens. Es liegt ihm nun einmal, seinem etwas lebhaften Gefühlsleben durch starke Ausdrücke Ausdruck zu verschaffen, wobei ihm die Zielgröße selbst ziemlich einleuchtet. Er macht seinem Herzen in scharfen Wendungen, die nicht gerade von staatsmännlichem Verantwortlichkeitsgefühl getragen sind, Luft, gleichgültig ob es sich um Pferde oder Menschen, um ein Ministerium von Boban oder Bauer, um Juden oder Parteien handelt. Nebenfalls scheint er der Ansicht zu sein, daß diese Art den Badischen Wählern imponiert. Aus dieser Mentalität heraus, bezogerte er in der 47. Landtagsitzung die badische Landwirtschaftskammer als eine der größten Schiebergesellschaften. Die Landwirtschaftskammer, in deren Vorstand übri-

gens sein Parteifreund Weiskopf sitzt, ließ diesen Vorwurf jedoch nicht auf sich sitzen, sondern veröffentlichte eine von ihrem Vorsitzenden, Landtagsabgeordneten Sängler den Wählern als Informativ zugewandene Erklärung, in der Herr Abgeordneter Spang erjucht wird, seine Verdächtigungen, die er unter dem Schutze der ihm als Abgeordneten zustehenden Redefreiheit geäußert hat, außerhalb der Kammer zu wiederholen, damit die Kammer in der Lage ist, durch ein gerichtliches Verfahren den objektiven Tatbestand darlegen zu können. Die Kammer erwartet, daß Herr Abgeordneter Spang als Mann von Ehre dem Ersuchen stattgibt.

Auf diese Erklärung gibt nun Herr Spang folgende Generalkklärung: Ich habe keinen Anlaß, mich mit der badischen Landwirtschaftskammer über Ausführungen, die ich im Landtage gemacht habe, vor Gericht oder in der Presse heranzutreiben. Die demnächstige Beratung der Landwirtschaftskammerangelegenheit wird Gelegenheit bieten, diese Frage ausgiebig zu erörtern.

Wenn wir auch in Ruhe abwarten können, wie Herr Spang bei der Beratung der Landwirtschaftskammerangelegenheit die Dinge darlegen wird, so verdient es doch beachtet zu werden, daß der forschende Streiter Spang sehr vorzüglich ist, wenn er sich außerhalb des Schutzes der Immunität bewegt. Selbst robuste Naturen scheinen Vorzicht für den besseren Teil der Tapferkeit zu halten.

Tiefer hängen.

Vermutlich um die geistige Verwahrlosung der deutschnationalen Ziele prägnant zu illustrieren, brachte die deutschnationale „Süddeutsche Zeitung“ die Meldung des Scheiterns von Professor Max Weber-München, früher Heidelberg, einem der angesehensten Gelehrten Deutschlands mit folgenden Worten: München, 16. Juni. Professor Max Weber, der Nationalökonom in München, Brentanos Nachfolger, früher in Heidelberg, der durch seinen sozialistisch-demokratischen Radikalismus sich die leidenschaftliche Abneigung der studierenden nationalen Jugend zugezogen hat, ist 56 Jahre alt unerwartet reich an Grippe mit hinzugefügter Lungenerkrankung gestorben, nachdem er am vorigen Samstag noch geprüft hatte. Jeder Kommentator auf dieser Art deutschnationaler Wissenschaftswürdigung dürfte überflüssig sein.

Zur landwirtschaftlichen Siedlungsfrage.

Um bei den Bauern Stimmung für sich zu machen, interpellierten dieser Tage die Deutschnationalen die Regierung wegen der Siedlungsfrage, trotzdem sie wußten, daß diese Frage im ganzen Ausmaße bei dem demnächst zur Beratung kommenden Ausführungsgesetz zum Reichsiedlungsgesetz zur Behandlung kommen wird. Was so die Interpellation an sich überflüssig, so ist andererseits darauf hinzuweisen, daß, als die Sozialdemokratie einen Antrag auf Sozialisierung der Ständeherrschaft einbrachte, es Mitglieder der rechten Seite des Hauses und der Mitte, vor allem Abg. Weiskopf vom Zentrum, waren, die dem Antrag zustimmten. Des weiteren aber ist darauf hinzuweisen, daß bei der Aufstellung der Ständeherrschaft zwei Gesichtspunkte zu berücksichtigen sind, die geschichtl. vereint werden müssen. Einerseits müssen die gutbetreuenden Bauern aus dem Streubetrieb der Ständeherrschaft befreit werden, dann aber gilt es auf die Tatsache Bedacht zu nehmen, daß der Groß- und Mittelbetrieb volkswirtschaftlich am rentabelsten ist. Die Großgüter restlos unter die Bauern aufzuteilen, wäre genau das gleiche, wie die einzelnen Familien den zufällig bei ihnen beschäftigten Arbeitern in die Hand zu geben, statt der Allgemeinheit, der aller Besitz gehört.

Diese Gesichtspunkte zog gelegentlich der Siedlungsdebatte Abg. Genosse Dr. Krauß treffend herbei, indem er — seine diesbezüglichen Ausführungen konnten damals, um den Bericht rechtzeitig abzuschließen, nicht gebracht werden — gegenüber dem Zentrum und den Deutschnationalen feststellte, daß es nicht nur Arbeiter gibt, die mit der Revolution unzufrieden sind, sondern auch Bauern. Eine große Masse von Arbeitern, die links von uns stehen, haben sich die Revolution so vorgestellt, daß der ganze Kapitalvermögen, das rheinisch-westfälische Industriegebiet bezüglich des Aktionärsbesitzes unter die Arbeiter verteilt wird. Weil wir das nicht mitgemacht haben, sind sie links von uns gegangen. Und es gibt genug Bauern, die sich die Revolution so vorgestellt haben, daß nun an Stelle des Großgrundbesitzes viele kleine Grundbesitzer entstehen werden. Wo die Dinge liegen wie bei uns in Baden, wo wir keinen eigentlichen Grundbesitz haben, aber der einzelne Acker, Wald und Feld dem Kleinbauern die Möglichkeit geben muß, damit seine Familie ernähren kann, und wir dafür, das ist aber keine Sozialisierung. Nicht dadurch, daß man Lande von kleinen Eigentümern schafft, sondern dadurch, daß der Staat in Form eines denkbare fest ausgestalteten Rechts Gelegenheit zur Arbeit und zum Verdien ist gibt, ohne daß die Leute dabei verschuldet werden reformiert man. Darüber bin ich mir klar: Viele von den Bauern, die heute von den Ständeherrschaften Grundstücke gekauft haben zu hohen Preisen, nur um ihr Geld unterzubringen, werden nach Jahren oder Jahrzehnten tief in Schulden stecken und mit Hypotheken belastet sein, weil sie ihr Betriebskapital heringegeben haben, jedoch die Güter später, wenn die Preise für die Produkte sinken, nicht mehr rentieren. Darum haben wir die Bauern gewarnt, vor diesen Anfällen von Gütern, die von den Ständeherrschaften abgekauft werden, weil wir der Ansicht sind, daß eine vernünftige Verpachtung auf Grund eines sozial ausgestalteten Rechts für die Bauern bedeutend besser wäre. Das ist der Standpunkt, den wir Sozialdemokraten einnehmen und ich glaube, daß einstens in der Geschichte die Bauern uns recht geben werden.

Die Einreise von Ausländern soll künftig in Baden noch schärfer als bisher überwacht werden, nachdem der begründete Verdacht besteht, daß zureisende Ausländer in größerer Zahl ohne Einreisegeldbescheinigung eines deutschen Konsulats oder einer deutschen Bahnhalle ins Land gelangen. Das Ministerium des Innern hat angeordnet, daß die Abgabe von Lebensmittelmärkten nur an solche Ausländer erfolgen darf, die sich im Besitz eines ordnungsmäßigen Einreisegeldbescheinigung befinden und eine Bescheinigung der Ortspolizeibehörde über die erfolgte polizeiliche Anmeldung vorlegen.

Aus der Partei.

4. Kreis. Von den Mitgliedschaften gingen ferner ein: Kori, Sammelliste 14 M.; für Wahlsondarmark: Kori 27 M., Schenkeim 35 M., Fahr-Stier 10 M. Die Kreisleitung.

Soziale Rundschau.

Der vertragslose Zustand zwischen Ärzten und Kranken-Kassen besteht noch weiter.

Wie die „Badische Post“ mitteilt, wurde in der außerordentlichen Hauptversammlung der badischen Ärzte in Offenburg am 16. Juni mitgeteilt, daß die deutsche Ärzteorganisation den Schiedspruch, der in Berlin am 10. Juni gefaßt wurde, angenommen hat. Die Kassenverbände dagegen haben in einem wesentlichen Punkte noch Vorbehalte gemacht, sodass weitere Beratungen nötig erscheinen. Der vertragslose Zustand zwischen Ärzten und Krankenkassen besteht also weiter, bis die Einigungs-Verhandlungen, die sofort aufgenommen werden, zur Verständigung geführt haben.

**Die Lage des Arbeitsmarktes.** Eine Besserung in der Arbeitsmarktlage ist in der Woche vom 11. bis 17. Juni noch nicht eingetreten. Es hat allerdings den Anschein, als wenn die wirtschaftlichen Verhältnisse durch den bereits allgemein eingetretenen Preisrückgang in ruhigeren Bahnen gelenkt würden; wenigstens ist es zum weitaus größten Teil bisher nur bei den vorgenommenen Betriebseinsparungen geblieben und es sind vollständige Schließungen von Betrieben und Entlassungen nur in wenigen Fällen eingetreten. Besonders bemerkbar macht sich sehr schon der Abbau in den militärischen Dienstbereichen.

**Verbindlichkeitserklärung des Tarifs im Metallgewerbe.** Der Deutsche Metallarbeiterverband, Verwaltungssitz Karlsruhe, in Karlsruhe, Friedrichsplatz 11 III, hat beantragt, den zwischen ihm und dem Verband der Metallindustriellen Mittelbadens, Karlsruhe, am 26. März 1920 abgeschlossenen Kollektivabkommen zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Arbeiter und Arbeiterinnen in der Metallindustrie gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 (R.G.B. I, S. 1456) für das Gebiet des Handelsamtsbezirks Karlsruhe, Baden-Baden für allgemein verbindlich zu erklären. Einwendungen gegen diesen Antrag können bis zum 30. Juni 1920 erhoben werden und sind unter Nummer VI A. 1767 an das Reichsarbeitsministerium Berlin, Luisenstr. 83 zu richten.

**Aus dem Lande.**

**Heidelberg, 20. Juni.** Im Hofbäcker Stadtviertel sind 17 Personen nach dem Tode von Wirt erkrankt, die aus einem Bandort stammte. Es wurde festgestellt, daß das geschlachtete Tier, aus dessen Fleisch die Wirt hergestellt wurde, typhuskrank gewesen ist, denn alle erkrankten 17 Personen haben nun ebenfalls Unterleibstypus. Der Zustand einiger der erkrankten Personen ist bedenklich. In einer Gaiwirtschaft wurden 10 Personen wegen Glückspiels verhaftet. Die Spielgelber wurden beschlagnahmt. In Fiegelhausen wurde der sechsjährige Sohn des Herrs Schmidt von einem umfahrenden Wagen getötet.

**Oberkirch, 20. Juni.** In einem Sägewerk bei Hoch wurde der 61jährige Säger Mathias Geller während des Auflegens eines Treibriemens von diesem erfaßt und getötet.

**Wülheim, 19. Juni.** Die verbotene Fährweiche. Ein Verbot, das man durchaus billigen kann, hat das hiesige Bezirksamt erlassen. In dem Städtchen Neuenburg a. N. plante der Musikverein für den morgigen Sonntag die Abhaltung der Fährweiche mit den üblichen Festlichkeiten, wie Festzug, Wirtschaftsbetrieb auf dem Festplatz, Langbesichtigung im Freien usw. Vom Bezirksamt wurde die Abhaltung der Fährweiche untersagt, weil zu befürchten sei, daß durch die fremden Gäste die Maul- und Klauenseuche nach Neuenburg verschleppt werden kann, ferner hält es das Bezirksamt für unangebracht, angesichts des Friedens von Versailles vor den Augen der Franzosen Freudenfeste abzuhalten.

**Sandorf b. Rammheim, 20. Juni.** Wegen Kindesmordes ist ein hiesiger Guisverwalter verhaftet worden. Wie die Volkstimme berichtet, hatte er schon kurz nach der Geburt des Kindes von der Hebamme verlangt, sie solle das Kind im Wabewasser ertränken, er gäbe ihr eine gute Belohnung. Die Frau tat dies nicht und als sie andern Tags wieder auf das Gut kam, hatte der Verwalter das Kind bereits in die Dunggube geworfen.

**Vörsch, 18. Juni.** Beim Absteigen von einem noch in der Kabot befindlichen Kraftwagen wurde der Arbeiter Heinrich Kastadin von hier eine Strecke geschleift und getötet.

**Begnadigung.** Das Staatsministerium hat auf den Vortrag des Justizministeriums beschloffen, den Landwirt Josef Falter aus Reulshausen, der wegen des am 24. Januar 1920 bei Hinzergarten begangenen Raubmordes vom Schwurgericht Freiburg zum Tode verurteilt worden war, zu lebenslanglichem Zuchthaus zu begnadigen.

**Der Landesverband Badischer Bauhütener** hielt am 27. Mai in Karlsruhe seine Hauptversammlung ab, die von Mitgliedern aus allen Amtsbezirken unseres Landes zahlreich besucht war. Die Vereinigung bezweckt den Zusammenschluß der Sachverständigen der Badischen Gebäudewerkschutzvereine zur Förderung dienstlicher Angelegenheiten und zur Wahrung der Ständesinteressen. Die Badische Gebäudewerkschutzvereine sind durch den Gebäudewerkschutzverband, Herrn Salzer, vertreten. Aus der reichhaltigen Tagesordnung sei u. a. hervorgehoben die Frage der Mitwirkung des Verbandes bei der bevorstehenden Aenderung des Gebäudewerkschutzgesetzes, die Veränderung der Bauhütener gegen Unfall bei Berufsausübung, der Ausbau der Gebäudewerkschutzvereine. Nach Beratung der Sitzungen fanden die Vorstands- und Auswahlgewahlen statt. Der Vorstand: I. Vorsitzender: Architekt Siebert, II. Vorsitzender: Architekt Maeyer, Schriftführer: Architekt W. Peter, Rechner, alle in Karlsruhe. In den Landesauschüssen wurden gewählt die Herren: Baummeister Koopmann für den Bezirk Mannheim, Architekt Sauter für Heidelberg, Baumeister Krier für Karlsruhe, Architekt Haug für Offenburg, Bezirksbaukontrollleur Kraus für Freiburg, Bezirksbaukontrollleur Bösch für Lörrach und Baumeister Fritsch für Konstanz. Die nächste Hauptversammlung findet 1922 in Offenburg statt.

**Wilhelm II. auf dem Bagagewagen.** — Die Waffenehre des Herrn Major.

In den letzten Tagen hielt das in Freiburg i. B. bisher stationierte badische Reichsschützenbataillon Nr. 25 seinen Auszug aus der schönen Dreifamstadt, es muß laut Friedensvertragsbestimmungen seinen Standort weiter weg von der französischen Grenze verlegen, es kam nach Donau-erschingen. Unter dem Gerümpel, das gendhlich auf den Bagagewagen mitgeschleift wird, befand sich nun auch ein Bild ein Gemälde, das den ehemaligen Kaiser Wilhelm II. darstellt, wie er in voller Karabineruniform die Front eines Infanterieregiments, wahrscheinlich des 118., abschreitet!

Die Anhänglichkeit der Herren Soldaten an ihren alten „Kriegsherrn“ ist ja gewiß rührend, besonders die Herren Offiziere werden sich von diesem Bilde nicht trennen können, bei dessen Anblick sie neuen Mut im Kampfe gegen die Republik, der sie Treue geschworen, schöpfen können. Besonders Mut scheint ja auch der Herr Major und Bataillonkommandeur bereits geschöpft zu haben, denn er ließ seine Abschiedsrede in dem Sinne ausbringen: „Daß es uns vergönnt sein möge, denehnt die deutsche Waffenehre wiederherzustellen!“ Wir sind sicher, daß unter dem ganzen Gebälk, bei dem ganzen Transport von Freiburg nach Donauerschingen, weder in der Kaserne hier noch dort eine deutsche Verfassung zu finden sein wird, deren Artikel 1 lautet: Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus. Wilhelm II. und freiwirtschaftliche Verfassung dessen allerdings auch schlecht zusammen, nicht einmal auf einem Bagagewagen könnten die sich vertragen. Das Volk verlangt aber, daß für die Herren Offiziere qualiterkern und nur die Verfassung zu gelten hat und nicht Wilhelm II. Es verzieht darauf, durch selbsttätige Nachahmung des weltberühmten Balkon-Rednerkreises — in neuen Krieg und neues Gend gezerzt zu werden. Wie meinen, bevor die Herren Offiziere die deutsche Waffenehre wiederherstellen wollen, sollen sie zuerst mal darauf achten, daß ihre eigene Ehre nicht verloren geht, was aber der Fall sein wird, wenn sie überhaupt im Dienst der Republik stehen und ihre Treue schwören, innerlich aber ihren alten Herren nachhängen und heimlich an der Verfassung der Republik arbeiten.

**Aus der Stadt.**

**Aus der Stadtratssitzung vom 17. Juni 1920.**

**Betriebsergebnisse der Stadt. Straßenbahn.** Die Stadt. Straßenbahn erzielte eine Gesamteinnahme im Monat Januar von 374 891 M., im Februar von 321 267 M. (Tariferhöhung ab 1. Februar), im März von 340 324 M., im April von 1 016 937 M. (Tariferhöhung ab 21. April), im Mai von 1 177 889 M. Die Zahl der von ihr bedienten Personen betrug im Monat Januar 3 297 950, im Februar 2 917 038, im März 2 958 244, im April 3 027 389, im Mai 3 180 478. Die Betriebsergebnisse zeigen, daß der neue am 21. April d. J. eingeführte Tarif sowohl eine beträchtliche Vermehrung der Einnahmen überhaupt bringt, als auch überdies eine Verdichtung des Verkehrs. — Die Stadt bezieht sich an der Gründung einer Gesellschaft mit gemischtwirtschaftlichem Betrieb zur Herstellung, Beschaffung und zum Vertrieb von Baustoffen mit der besonderen Aufgabe, den gemeinnützigen Wohnungsbau zu fördern. Beim Bürgerauschuss wird die Bewilligung eines Kredits hierzu im Betrage von 510 000 M. beantragt. — **Straßenreinigung.** Die Kosten der Straßenreinigung sind gegenüber denjenigen in Friedenszeiten auf das Zehnfache gestiegen. Die Stadt hat hierfür allgemeine Mittel nicht mehr zur Verfügung. Es wird deshalb zunächst zu Sparmaßnahmen übergegangen und zwar dadurch, daß die regelmäßige wöchentliche Reinigung anstatt, wie bisher drei Mal, nur zwei Mal durchgeführt wird. Die Reinigungsarbeiten in den Vororten werden den Anliegern übertragen, die Kosten der Straßenreinigung im Innenbezirk der Stadt von den Anliegern überhöhen werden. Eine Gebührenordnung wird dem Bürgerauschuss demnächst vorgelegt, die Genehmigung der zugehörigen ordnungsgemäßen Vorarbeit ist beim Bezirksamt beantragt. — **Abfallgrubenreinigung.** Nach Übernahme des Abfallbetriebes der Firma Lipp u. Morlod durch die Stadt am 15. April ds. J. sind nunmehr soweit Erfahrungen gesammelt, daß endgültig über die Art und Höhe der Abgabe zur Dedung der Selbstkosten des Abfallbetriebes Bescheid gefaßt werden kann. Der Stadtrat schlägt dem Bürgerauschuss die Beibehaltung des bisherigen Systems der Erhebung von Gebühren auf Grund von Einzelgehältern mit der einzigen Abänderung vor, daß im Interesse einer stetigeren Inanspruchnahme des Abfallbetriebes auch noch die Erhebung einer Grundgebühr zur Einführung gelangt. —

**Der Schuhverkauf des Gewerkschaftskartells** erfreut sich von Tag zu Tag größeren Aufbruchs unserer organisierten Arbeiterschaft. Trotz des großen Abzuges ist das Lager ein äußerst reichhaltiges und die Ware neben billigen Preisen einwandfrei. Die Verkaufszeit ist von vormittags 9—1 und 3—6 Uhr.

**Preisermäßigung für die hiesigen Hallenschwimmbäder.** Bekanntlich haben die hiesigen Schwimmvereine gegen die vom Stadtrat seinerzeit festgesetzten Preise für Hallenschwimmbäder protestiert, mit dem Erfolg, daß der Stadtrat nun niedriger Preise festgelegt hat. Den hiesigen Schwimmvereinen wird für die regelmäßige in der Schwimmhalle der Stadt. Badeanstalten abzuhaltenen Lehnungsabende eine Preisermäßigung dahin gewährt, daß für jedes daran teilnehmende Mitglied 50 M., zusammen jedoch nicht mehr als 50 M. für den Lehnungsabend, berechnet werden. Um auch den übrigen regelmäßig in Lehnungen der Hallenschwimmbäder eine Preisermäßigung zuteil werden zu lassen, werden Abkommens für 30 Schwimmbäder, sog. „Dreißigerkarten“ zum Preise von 30 M., also je 1 M. für das einzelne Schwimmbad, eingeführt, die auch von Vereinen und Korporationen käuflich erworben und an ihre Mitglieder und sonstigen Badebesucher einzeln abgegeben werden können. Im weiteren wird die den Volkshäusern gewährte Preisermäßigung des Hallenschwimmbadpreises auf 50 M. für ein Bad auch auf die Schüler der Mittelschulen, der Handelsschule, der Gewerkschule und der Fortbildungsschule ausgedehnt. Die Karten sind sowohl an der Kasse des Bierabzuges, wie an jener des Friedhofes, das, das kurzem von der Stadtgemeinde käuflich erworben wurde, erhältlich. Schüler und Schulkinder über 15 Jahren müssen im Besitz eines von der Schule ausgestellten, für das laufende Schuljahr gültigen Ausweises sein.

**Lohnbewegung der gewerkschaftlichen Angestellten in Karlsruhe.**

Am Donnerstag, 17. Juni fand eine Versammlung der gewerkschaftlichen Angestellten im „Elefanten“ statt, die zu der absehbaren Haltung der Unternehmer Stellung nahm. Von den beiden Referenten wurde zum Ausdruck gebracht, daß die Forderungen der Angestellten nun schon seit Monaten geben, ohne bis jetzt ein Resultat gezeigt zu haben. Nachfolgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die am 17. Juni im Restaurant zum „Elefanten“ tagende Versammlung aller gewerkschaftlichen Angestellten nimmt den Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern mit Nichtbefriedigung zur Kenntnis. Die Verhandlungen erklären, daß der jegliche Lohnkampf nicht der Kampf einer einzelnen, sondern aller Angestelltengruppen ist. Die festbestehenden Angestellten lehnen es entschieden ab, sich von den nichtfestbestehenden Angestellten durch die Arbeitgeber trennen zu lassen. Alle Angestellten sind sich darüber einig, ihre gemeinsamen Forderungen nur gemeinsam zu vertreten und zu erklären, daß die Forderungen der Angestellten durch die Arbeitgeber erfüllt werden müssen. Die Verhandlungen beauftragt die Arbeitsgemeinschaft der Angestellten, sofort den Schlichtungsausschuss anrufen, um den bereits mit dem Arbeitgeberverband getroffenen Bestandsvertrag zur Durchführung zu bringen. Mit Entschiedenheit weisen sie die Angehörigen zurück, sich von den Arbeitgebern vorarbeiten zu lassen, welchen von ihren Kollegen sie das Vertrauen schenken sollen, sie bei den Verhandlungen zu vertreten.“

**Zu den hohen Ananaspreisen**

schreibt uns ein Leser unseres Blattes aus Staufenberg (Murgtal): Es ist wirklich traurig, daß infolge der hohen Preise die nimmerdemittelle Bevölkerung sich keine Ananas einkaufen kann. Wie die unerschwinglichen Preise zustande kommen, will ich an folgenden wahrheitsgetreuen Vorgängen schildern, die sich hier abspielten: Zuerst kauft der Interhändler die Beeren für einen Händler, dieser wiederum an einen Großhändler; alle drei sind in Orte anwesend. Der Großhändler geht die Beeren wahrscheinlich wieder an Händler ab, von wo sie an das Publikum gelangen. Nun wird wohl niemand mehr über die hohen Preise erstaunt sein. Wie ist ein Fall aus Forzheim bekannt, wo ein Händler die Beeren franco auf den Markt gebracht erhielt für 320 M. das Hund und dieselben für 4 M. absetzte, also 80 M. pro Hund für das Ausbringen erhielt. Die Produzenten hier erhalten durchschnittlich 2,50 M. haben aber auch schon dieselben für 2 M. das Hund abgegeben. Cines schönen Tages bekamen die Leute durch gegenwertiges Ueberbleiben der Händler 3,50 M. und mehr, was sie natürlich nicht ablehnten. In Betracht zu ziehen wären aber noch die Unkosten für Abgabe, welche ungemein teuer sind; auch trifft das auf Frachten, Zubelehn usw. zu.

**Sozialdem. Bürgerauschussfraktion.** Morgen Dienstag abend 7 1/2 Uhr im Stadtratssaal Fraktions-Sitzung. Jedes Fraktionsmitglied hat zu erscheinen. Der neue Reichstag und die auswärtige Politik. Heber dieses interessante Thema wird in einer von der deutschen

Friedensgesellschaft, Ortsgruppe Karlsruhe, auf Freitag abend 8 Uhr im Saal 3 der Brauerei Schrempf einberufenen öffentlichen Versammlung Professor Dr. Oudtde-München. Der Referent ist nicht nur als ein guter Redner bekannt, sondern hat sich auch durch sein mannhaftes Eintreten für die Friedenssache, für das er während des Krieges verhaftet, ja sogar ins Gefängnis geworfen wurde, einen überaus guten Namen erlangt. Ein guter Besuch des Vortrages, besonders auch seitens der Arbeiter- und Beamtenchaft, ist nur zu empfehlen.

**Größte Geste!** Die Abstimmung in Ost- und Westpreußen findet Anfang nächsten Monats statt. Eine gewaltige Zahl Abstimmungsberechtigter ist aus dem Reich in die Heimat zu befördern. Die großen Kosten dieses Transportes müssen von privater Seite aufgebracht werden. Von Mitgliedern beider Berliner Parlamente ist hierfür die „Grenz-Spende“ ins Leben gerufen worden, die eine wahre Volksspende sein muß, wenn sie ihren Zweck erfüllen soll. Niemand darf sich ausschließen, auch die kleinsten Beiträge werden wertvolle Bausteine sein. Eine Annahmestelle befindet sich in der Geschäftsstelle unserer Zeitung, die über alle Eingänge öffentlich quittiert.

**Die Grenzzüge 63 und 65 Ostende-Paris-Strasbourg** über Karlsruhe-München-Wien-Stuttgart-Nürnberg-Regensburg-Prag werden ab nächster Woche erstmals heute Montag, 21. Juni. Die Grenzzüge 62 und 64 Wien-München-Strasbourg-Prag-Nürnberg-Karlsruhe-Strasbourg-Paris nach Ostende erstmals am Donnerstag, den 24. Juni. Außerdem werden vom Montag, 21. Juni an, die Schnellzüge D 47/D 52 Regensburg-München-Regensburg täglich gefahren, womit eine tägliche Verbindung 1.—3. Klasse Paris-München-Paris hergestellt ist.

**Na. Johanns-Fest.** Am Mittwoch, den 23. ds. Mts. abends 7 1/2 Uhr findet im Stadtgarten zur Feier des Johannistages ein Doppelkonzert des Musikvereins Harmonie und des Musikvereins Karlsruhe (Gewerkschaftsorchestre) statt. Um 10 Uhr wird ein großes Feuerwerk durch Herrn Feuerwerksmeister Wilhelm Pischer aus Leebromm, der schon wiederholt Feuerwerke im hiesigen Kurgarten zu Baden-Baden und im Stadtgarten zu Karlsruhe mit großem Erfolg abgebrannt hat, veranstaltet. Das Programm hierfür ist ein sehr reichhaltiges. Der Beginn des Feuerwerks wird durch drei große Kanonenschläge verkündet. Außerdem wird die Wandlungsgesellschaft Karlsruhe eine Serenade ausführen. Nach Schluß des Feuerwerks wird inmitten des Stadtgartens der übliche Holstoch (das Johannisfeuer) abgebrannt werden. Die Eintrittspreise betragen für Inhaber von Stadtbürgerrechtskarten 1,50 M., für sonstige Personen 2,50 M., für Kinder jeweils die Hälfte. Die Abonnementkarte ist mit der Eintrittskarte vorzulegen. Der Vorverkauf beginnt am Montag, den 21. ds. Mts. in den auf den Anschlagtafeln näher bekanntgegebenen hiesigen Geschäften. Außerdem wird am Tage der Veranstaltung selbst von abends 6 Uhr ab auch am Eingang neben dem Verwaltungsgelände des Gartenamtes (Etilingerstraße 8) eine Kasse geführt. Bei unangenehmer Witterung wird die Veranstaltung auf Donnerstag, den 24. ds. Mts. abends 7 1/2 Uhr verlegt. Wegen des Näheren verweisen wir auf die Inserate und Plakataufschläge.

**Vollständ. für Kriegsergräberfürsorge.** Freitag abend fand im großen Sitzungssaal des Rathauses unter dem Vorsitz des Prälaten D. Schmittener eine Versammlung statt, die von Damen und Herren besucht war und zum Zweck hatte, eine Ortsgruppe des Volksbundes für Kriegsergräberfürsorge zu gründen. Eine Ortsgruppe dieses Bundes, der seinen Sitz in Berlin hat, besteht in Heidelberg, unter dem Vorsitz des Geheimen Rats Dr. von Säubert. Auch die Karlsruher Ortsgruppe kam zu Stande und es schloffen sich ihre bereits eine Anzahl von Mitgliedern an. Die Wahl des Vorstandes wird erst später erfolgen. Geplant ist, eine größere Versammlung abzuhalten.

**Tagung der Hebammen.** Der Landesverband bad. Hebammen hielt hier eine Tagung ab, die von Beiratsmitgliedern aus fast allen bad. Bezirken besucht war. Besonders wurde Lage gefaßt, über die den heutigen Verhältnissen nicht entsprechenden Tagen; auch die Verlegung der alternativen Hebammen wurde besprochen. Die Dienstvermittlung für die Hebammen wurde nicht in allen Punkten gebilligt und beschlossen, falls das Ministerium den Wünschen nicht entspreche in einen Streik einzutreten.

**Die öffentlichen Schlußprüfungen des Konservatoriums für Musik der Landeshauptstadt Karlsruhe** finden wie angezeigt in der Zeit vom 21. Juni bis 14. Juli statt, die der Ausbildungs-klassen am 21. und 25. Juni, sowie am 1. und 2. Juli im Ein-trachtssaal — jeweils 4 Uhr nachmittags und 8 Uhr abends — die der Vorbereitungsklassen am 12., 13. und 14. Juli nachmittags 5 1/2 Uhr im Saal der Anstalt Sophienstraße 43. Die feierlichen Programmen enthalten eine größere Anzahl der hervorragenden Meisterwerke der verschiedensten musikalischen Gattungen und Stilperioden, so z. B. schon am 21. d. M. ebenfalls eine Zusammenstellung großartiger Klavierwerke von Bach bis zu einem der allernüchternsten von E. Korngold. Die Aufführungen sind geeignet, das Interesse aller ernsthaften Musikfreunde wachzurufen. Wegen sonstiger Einzelheiten, wie Eintrittspreise usw. verweisen wir auf die Anzeiger.

**„Neber Gute und schlechte Musik“** ist das Thema eines Vortrages, den Bruno Sillmer am kommenden Donnerstag, den 24. d. Mts. im Konservatoriumssaal hält. Ohne Zweifel ist in unserer Zeit die Auseinandersetzung mit der schlechten Musik, die allmählich alles zu überwinden droht, dringender, wie je gewesen. Wir hoffen nur, daß durch einen möglichst zahlreichen Besuch auch die Wirkung nach außen groß ist. Karten bei Kurt Neufeld, Waldstraße 80.

**Fahrrad Diebstahl.** Am Samstag wurden in hiesiger Stadt wieder vier Fahrräder entwendet. Der Schuhmannschaft gelang es, drei Fahrräder und zwar einen vier mobiltätigen Hilfsarbeiter aus Springen, einen Arbeiter aus Bergheim und einen Tagelöhner aus Reutereheim zu ermitteln und festzunehmen.

**Verhaftet wurden:** Ein 30 Jahre alter Konditor aus Weier, der wegen unerlaubter Salvarianausfuhr von der Staatsanwaltschaft Lörrach akusiert wurde, ein 30jähriger Bauarbeiter aus Cosmannsdorf und eine berufliche Frauensperson aus Schmalenberg, die von der Staatsanwaltschaft Ravensburg wegen Schleichhandels ausgedeutet waren.

**Kascher Tod.** Gestern nachmittag erlitt ein hier wohnhafter Arbeiter in einer Wirtshaus der Südtstadt einen Schlaganfall, der den sofortigen Tod zur Folge hatte.

**Diebstahl.** Aus dem Keller eines Hauses der Kaiserstraße wurden in der Nacht vom 19. zum 20. d. M. mittels Einbruch 170 Eier, sowie Kartoffeln durch unbekannt Täter entwendet.

**Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 21. Juni 1920.**

Während flache Luftverhältnisse im Osten und nördlich ausgebläht im NW, gelieren vielfach Trübungen und Regen verursachen, bedingte der lokale über Baden sich hinziehende Tiefes hohen Druckes hier noch vielfach heiteres trübes, schwülwaarmes Wetter (Nebelnebel 25 Grad, Hochdruckgebiet 16 Grad). Am Abend trat aber auch bei uns Trübung ein, die noch heute früh andauert. Da der Druck wieder steigt, wird sie jedoch nur vorübergehend sein. Voraussichtliche Witterung bis Dienstag, 22. Juni nachts: Vorübergehend wolfig und vereinzelt Gewitterregen, später wieder aufheiternd, mäßig warm.

Saluta-Bericht vom 19. Juni.

Die Wert notierte in der Schweiz ca. 14.— N. Aufzahlung Holland notierte etwa 18.84 N per holl. Gulden; Schweiz etwa 6.00 N per schw. Fr.; England etwa 158 N per Pfd. Sterling; Frankreich etwa 8.07 N per frz. Fr.; Neu-York etwa 88.00 N per Dollar.

Jugend und Sport.

Gruppenturnfest des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Einen überaus guten Verlauf nahmen die gestern Sonntag tagelungenen Gruppenturnfest des 8. Bezirks des Arbeiter-Turn- und Sportbundes. Ein herrliches Turnwetter trug das Seine zum Gelingen bei.

In Gillingen erdriemte am Samstagabend ein überaus gelungenes Festbankett mit turnerischen Aufführungen der Sittlinger und auswärtiger freier Turner, geselligen Darbietungen des Arbeiter-Turnvereins sowie einer sehr beifällig aufgenommenen Festsprache. Die Veranstaltung war ein gutes Omen für den eigentlichen Festtag, den Sonntag. Das Vereinswertturnfest, sowie das Einzelwertturnen verliefen vorzüglich. Ein impetanter Festzug, von der Bevölkerung reichlich mit Blumen bekrönt, bewegte sich nachmittags durch die festlich geschmückten Straßen der Stadt.

In Strödingen war das Gruppenfest mit dem Abjährigen Stiftungsfest des Turnvereins, Bahnfrei verbunden. Auch hier das seltsame erfreuliche Bild. Das gut gelungene Festbankett am Samstagabend mit turnerischen und geselligen Darbietungen war ein prächtiger Auftakt zum Sonntag. Das Vereins- und Einzelwertturnen zeigte große Beteiligung und gute Arbeit. Der Festzug war ein gewaltiger Demonstrationzug für die Arbeiterturner und die anschließenden Massenfreilübungen gaben von guter Schulung Zeugnis. Eine mit großer Beifall aufgenommene Festsprache war dazu angetan, der Arbeiterturner neue Freunde zu werben.

Auch die Pfaffen Gruppe kann auf die Veranstaltung mit Genugtuung zurückblicken. Beim Vereins- und Einzelwertturnen kam zum Vorschein, daß tüchtig gearbeitet wurde. Der Festzug, sowie die anschließenden Massenfreilübungen, Festsprache, Märschen und Liedervorträge des Arbeiter-Turnvereins gaben der Veranstaltung ein würdiges Gepräge. Ein Festbankett im Interfaal beendete die gut verlaufene Feier.

Von den Gruppen Bretten und Hirsheim wird ebenfalls über einen sehr guten Verlauf des Festes berichtet, so daß die Veranstaltung im ganzen Bezirk bei familiären Gruppen als eine gut gelungene gebührt werden kann.

Wir werden über die Feiern, sowie über das Ergebnis des Vereins- und Einzelwertturnens noch eingehend berichten und erlauben die Gruppenleiter bezw. Gruppenwart, die Berichte umgehend einzusenden.

Der Schwedische Verband für Reichstaktik e. V. hält am 17. und 18. Juni 1920 auf dem Sportplatz des Fußballklub Wöhring in Karlsruhe L. B. seine diesjährigen Reichstaktik ab. Fußball, R. Z. R. (Bundwehr) gegen Wöhring L. am Mittwoch, 23. Juni, abends 8 Uhr im Hagenpark. Der ungarische Meister tritt hier in seiner härtesten Aufstellung an.

Letzte Nachrichten.

15 Jahre Gefängnis für Soldatenmishandlung.

Wegen Soldatenmishandlungen verurteilte das Kriegsgericht der früheren 19. Division in Altona gegen den früheren Wachechef Ziegen, Z. führte in Kriegsgefangenschaft eine Kampagne deutscher Kriegsgefangener. Statt das Los seiner Landsleute zu erleichtern, verkaufte er sie geradezu an die Engländer und behandelte sie in der verabscheuungswürdigen Weise. Z. ging häufig mit einem Korb und schlug damit, wohin es traf, auch nackte Mannschaften. Schwache und Kranke, die sich nicht wehren konnten, behandelte er am schlimmsten. Ich habe sie und ließ sie tagelang liegen. Auch verurteilte Z. durch Risse und Hunger! was seine heuchlerische Nebenart.

Das Kriegsgericht verurteilte den Angeklagten zu der höchsten nach dem Gesetz zulässigen Strafe von fünfzehn Jahren Gefängnis und Degradation. Der Vorsitzende hob in der Urteilsbegründung hervor, daß auf Taten wie die des Angeklagten das ganze Volk mit argemaltem Abscheu blickt.

Verlorener Streif.

Düsseldorf, 21. Juni. Nach 19tägiger Dauer ist der Ausstand der Gewerkschaften im Bergbau beendet. Die Verhandlung der Angelegenheit hat die Bedingungen der Arbeitergemeinschaft für das gesamte Düsseldorf-Gebiet, welche als allgemein angenommen.

Gegen den Achtstundentag in Frankreich.

Paris, 20. Juni. Nach einer Meldung des „Populaire“ haben 85 Deputierte der Kammer den Antrag gestellt, den Achtstundentag teilweise außer Kraft zu setzen, um die Produktion in Frankreich zu heben.

Die Entwaflnung Deutschlands.

Paris, 21. Juni. Die Vorkonferenz hat die Entscheidung über die Frage über die Entwaflnung Deutschlands getroffen. Die Entscheidung entspricht der internationalen Komittees und wird dem Regierungschefs in Brüssel mitgeteilt werden. Dieser amtlichen Mitteilung fügt der „Lemds“ hinzu, daß das deutsche Heer bis zum 10. Juli auf 100 000 Mann zurückgeführt werden muß. Sollte dieses Heer nicht genügen, um die Ordnung aufrecht zu erhalten, so müsse zur Schöpfung regionaler Polizeigruppen gezwungen werden.

London, 21. Juni. Nach der Konferenz in Göttingen am gestrigen Nachmittag wurde folgende Mitteilung ausgeben: Die französische Regierung stimmt der Ansicht der britischen Regierung bezüglich der bedauerlichen Angelegenheit zu, mit der die deutsche Regierung die Bestimmungen des Versailler Vertrags hinsichtlich der Abrüstung ausführt. Die beiden Regierungen haben gemäß einer gemeinsamen Erklärung beschlossen, der internationalen Konferenz von Brüssel zur Entwaflnung zu gehen, dem militärischen Rat Weisungen zu erteilen und Vorschläge zu machen hinsichtlich einer beschleunigten Ausführung der Bestimmungen des Friedensvertrages, die sich auf die deutsche Abrüstung der Mannschaftenbestände und des Kriegsmaterials beziehen.

Briefkasten der Redaktion.

A. M. Montagzulagen, die für Mehrverkauf gegeben werden, sind freier.

A. M. Seit 1. April er. wird durch das Kapitalertragssteuerrecht 10% der jährlichen Zinsen gefordert. Bei Guthaben auf Sparplätzen und Bankten geschieht der Abzug durch diese Institute selbst, ohne das Zutun der Kontoinhaber. Die Ihnen gewordene Mitteilung ist daher vollständig unrichtig.

Durlach, Offenburg. Wir erhielten Briefe und Karten erst Samstag mittag 12 Uhr; die Posten konnten also in bezug Samstagausgabe nicht mehr gebracht werden.

Schrittsetzung: Georg Schöppin, Verantwortlich für Artikel, Politische Redaktion und Letzte Nachrichten Hermann Adel; für Durlach Politik, aus dem Lande, Gemeindepolitik, aus der Partei, Gerichtszeitung und Reichsboten Hermann Winter; für aus der Stadt, Gemeindepolitik, Sozialer Mundschau, Genossenschaftsbewegung, Jugend und Sport, Briefkasten Josef Giese; für den Angelegenheit Durlach Arbeiter, sämtliche in Karlsruhe.

Vereinsanzeigen.

Karlsruhe. (Naturfreunde.) Mittwoch abend 7 Uhr Ausflugszug in der „Gambinushalle“. Heute Montag fällt die Zugausgabe aus.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.

Geburten. Karl Heinz, V. Karl Mohr, Eisenb.-Sekt. Alfred, V. Eugen Hoff, Präfektur, Maria Auguste, V. Adam Jütt, Händler. Gertrud Sofie Luise, V. Robert Hanfher, Dekretar. Margarete, V. Gustav Söls, Volksschullehrer. Karl, V. Karl Zwinger, Eisenb.-Schaffner. Friedrich, V. Josef Wbl, Schmied. Ernst, V. Jakob Schädel, Musiker. Helene Maria, V. August Ruff, Bader. Hans Friedrich, V. Dr. Johann Nieber, Stadtschreiber. Wabette Meta, V. Emil Peter, Schaufmann. Bernhard Friedrich, V. Bernhard Bachmann, Kaufmann. Gertrude Rosa, V. Karl Walter, Schmied. Herbert Willi, V. Wbl. Goppel, Kanalarbeiter. Maria Anna, V. Adolf Herzog, Let.-Führer. Gertrud Frieda Hilda, V. Friedrich Martin, Sicherheitspolizeibeamter. Helene Helene, V. Raimund Mastetter, Lot.-Geiger. Helmut Hans, V. Joh. Wadler, Schlosser. Marie Effie, V. Hans Wadler, Smediteur. Friederike Elisabeth, V. Friedrich Walter, Bierführer. Karl Reinhard, V. Reinhard Selb, Turnlehrer. Max Josef, V. Frz. Kern, Schneider. Waldemar Friedrich, V. Friedrich Hammerer, Kaufmann.

Siehe Seite 2. Spende für die Volkabstimmung dem Deutschen Schulbund. Annahmestelle: Volkshaus, Luisenstr. 24.

Wasserstand des Rheins.

Schulterinsel 204, gef. 6 Btm.; Rehl 333, gef. 7 Btm.; Magau 543, gef. 4 Btm.; Mannheim 448, gef. 11 Btm.

Lebensmittel-Versorgung

für die Zeit vom 21.-27. Juni 1920.

Verkauf wird ab Mittwoch:

Mehl: Kopfmenge 100 Gramm 24 J gegen die Lebensmittelkarte 103.

Wanzenöl: Kopfmenge 100 Gramm 76 J gegen die Lebensmittelkarte 103.

Feiner freiverkäuflich jedes Quantum: Dörrbohnen: Mito 6.30 M.

Grüne Erbsen: Mito 7.65 M.

Weiße Bohnen: Mito 7.65 M.

Ab Donnerstag:

Cocoßfett: Kopfmenge 100 Gramm 2.15 M gegen die Lebensmittelkarte H 81 in sämtlichen Fettverkaufsstellen.

Ab Samstag:

Butter: Kopfmenge 50 Gramm 1.45 M gegen die Lebensmittelkarte H 82, nur für die Kunden der Fettverkaufsstellen Kopf, Konsum Spinnerei, Konsum Baden-Baden, Vana Rheinbold, Nieber, Ludwig, Spinner, Scheerer, Stürzel, Trifflinger, Wühl und Jansen.

Backfett: Kopfmenge 50 Gramm 75 J gegen die Lebensmittelkarte H 84, nur für die Kunden der Fettverkaufsstellen Feinbräcker, Vaur, Vandenbittel, Braun, Hauptstr., Braun, Wegscheider, Dehmer, Drinneberg, Erle, Rabus, Fähler, Haager, Kack, Keller und Kallus.

Es ist zu empfehlen, beim Einkauf die Düten jeweils mitzubringen, da jede Verkaufsstelle berechtigt ist, die Düten in Rechnung zu stellen.

Anmerkung für die Handlungen:

Cocoßfett wird Mittwoch nachmittags 2-4 Uhr, Butter Freitag nachmittags 2-3 Uhr und Backfett Freitag nachmittags 3-4 Uhr in der Stadt, Milchzentrale abgegeben.

Städt. Lebensmittelamt Offenburg.

Brot-Versorgung.

Zu der Woche vom 21.-27. Juni sind die Brotkarten Marke C gültig.

Die Bäder dürfen auf andere Marken Brot nicht abgeben.

Städt. Lebensmittelamt Offenburg.

Bruchfaler Anzeigen.

Brot- und Mehlpreise.

Wegen der Erhöhung der Getreide- und allgemeinen Ankosten mussten mit Wirkung vom 24. Juni ds. Js. ab die Mehl- und Brotpreise neu festgesetzt werden. Es folgen vom genannten Tage ab in der Stadt Bruchfal:

Wohl.

Woggenmehl 90% das Pfd. ohne Düte 1.86 M

Woggenmehl 90% " " " " 1.42

Woggenmehl 94% " " " " 1.32

Woggenmehl 94% " " " " 1.38

Woggenmehl 65% " " " " 1.62

Woggenmehl 85% " " " " 1.42

Woggenmehl " " " " 1.18

Woggenmehl " " " " 1.42

Woggenmehl " " " " 1.42

Woggenmehl " " " " 1.18

Woggenmehl " " " " 1.32

Woggenmehl " " " " 1.745

Woggenmehl " " " " 4.— M

der kleine Laib (750 Gr.) 2.— M

Kommunalverband Bruchfal-Stadt.

Sportplatz Fasanengarten. Mittwoch, 23. Juni 1920 nachmittags 6 1/2 Uhr. Grosser Fussball-Wettkampf. Magyar Testgyakorlok Köre (ungarischer Meister) gegen F. C. Phönix I. Größtes u. letztes sportliches Ereignis der Saison! Preise im Vorverkauf: Namer. Sitzplatz 6 Mk., 1. Platz 4 Mk., 2. Platz 3 Mk. in den Vorverkaufsstellen: Sporthaus Freundlich, Kaiserstr. 155; Sporthaus Boler, Kaiserstrasse 174; Sporthaus Müller, Waldstrasse 45; Algenparkhaus Ethel Nachf., am Durlacher Tor. Tageskasse: 8 Mk., 5 Mk., 4 Mk. — Schüler auf dem 2. Platz die Hälfte. — Mitglieder auf den Stehplätzen 2 Mk.

Maschinenteile und Kochgeschirre Emaille usw. werden sofort repariert. Nicht gelöst. Autogen-Schweißerei Herren-Strärwäsche. Krug 60.-, Mannschotten 30.-, Vorhemden 30.-, Regenwäterschere Diner. Ausnahmestellen: Wielandt, Ludwig-Wilhelmsstr. 21, Gblh. Durlacherstr. 81, Laden, Gellner, Schillingstr. 53, Laden, Meiner, Gartenstr. 63, Laden. Prima Gummireifen für Kinderwagen. Diese werden angefertigt nach bestem Verfahren. Kinderwagen werden repariert. Versand nach auswärts. Scher's Reparaturwerkstätte für Kinderwagen. Kreuzstr. 7, Tel. 1111. Kinder-Kleppwagen (aut. erd.) billig zu verkaufen; Morgenstr. 24 II r.

vom Arbeitslohn übertragenen Aufgaben wird das städtische Arbeitsamt und die Stadtkanzlei beauftragt. Vol. Bekanntmachung des Hauptsteueramts in den Tagesstellungen vom 16. Juni 1920. Derselbe zuständig ist die Stadtkanzlei Westtal zur Ausstellung von Steuerkarten an die in dem Gemarkungsgebiet der ehemaligen Gemeinde Westtal wohnhaften oder beschäftigten Arbeitnehmer, das städtische Arbeitsamt für alle übrigen Arbeitnehmer. Die Ausgabe der Steuerkarten durch diese Stellen beginnt mit Montag, den 21. Juni 1920 und kann während der Geschäftsstunden derzeitig 7-12 Uhr und 1 1/2 bis 4 Uhr, Samstag von 7 bis 1 Uhr beantragt werden. Arbeitnehmer, welche die Steuerarten selbst für ihre Arbeitnehmer ausstellen wollen, teilen dies der zuständigen Ausgabestelle unter Anmeldung des Bedarfs mit; sie erhalten den angeforderten Bedarf an Vorzuden und sind dann für die Ausstellung der Steuerarten nach der auf der Seite 2 ff. des Umfanges der Steuerkarte abgedruckten Anweisungen verantwortlich. 1744 Baden-Baden, den 18. Juni 1920. Stadtrat

Einladung. Die vereidigten Mitglieder des Bürgerausschusses werden zu der auf Montag, den 28. ds. Mts., nachmittags 3 Uhr, im Bürgeraal anberaumten Sitzung hiermit ergebenst eingeladen. Tagesordnung: 1. Tarifvertrag für die städtischen Arbeiter. 2. Entlohnung der ausstehenden Angestellten. 3. Gewährung von Zuschüssen an die Altpensionäre und die Hinterbliebenen verstorbenen Beamten und Arbeiter. 4. Gewährung eines Zuschusses an die städt. Beamten. 5. Herstellung eines Anstufungstafels vom Staatsalter nach dem städt. Werk und der Spinnerei und Weberei Offenburg. 6. Die Feuertourneureinrichtung im Anstufungsbau. Die Pläne über das Anstufungstafel liegen auf dem Rathaus zur Einsicht auf und sind am Sitzungstage in Bürgeraal ausgehängt. Offenburg, den 18. Juni 1920. Der Stadtrat.

Entrichtung der Einkommensteuer durch Lohn- oder Gehaltsabzug. Anschließend an die Bekanntmachung des Finanzamts Offenburg vom 16. 6. 1920, Offenburg Zeitung Nr. 136 vom 17. Juni 1920 und Offenburg Zeitung Tagblatt Nr. 137 vom 17. Juni 1920, geben wir bekannt, daß wir die Ausstellung der Steuerarten dem Arbeitgeber überlassen. Die Steuerarten sind auf Zimmer 7 des Rathauses erhältlich. Offenburg, den 18. Juni 1920. Das Bürgermeisteramt.

Die Beschränkungen, denen der Verkehr mit Kraftfahrzeugen an Sonn- und Feiertagen sowie zur Nachtzeit zufolge der Bekanntmachungen vom 10. Dezember 1919 und 15. März 1920 (vgl. Staatsanzeiger Nr. 65 vom 22. März 1920) unterliegt, werden mit sofortiger Wirkung aufgehoben. Karlsruhe, den 16. Juni 1920. Der Staatskommissar für die wirtschaftliche Demobilisierung. Minister des Innern. Vorstehendes bringen wir hiermit zur öffentlichen Kenntnis. Karlsruhe, den 10. Juni 1920. Badisches Bezirksamt — Postdirektion. Baden-Baden. Seit Verfügung des Ministeriums des Innern vom 16. 6. 1920 tritt eine Erhöhung des Erzeugerpreises für Milch ein. Demzufolge hat der Stadtrat mit Wirkung vom 20. Juni nachstehende Verkaufspreise festgesetzt: Drei Gaus geliefert oder bei den städtischen Verkaufsstellen abgeholt.

Abgabe von Zwieback an Kinder von 1 bis 2 Jahren. Familien, die Kinder im Alter von 1 bis zu 2 Jahren haben, können gegen Vorlage der Geburtsurkunde und der Vorkarte Zwiebackkarten bei der städt. Kartenstelle, Zimmer 10, in Empfang nehmen. 1742. Hierauf kann alsdann Zwieback an der städt. Verkaufsstelle (Marktplatz) abgeholt werden. Baden-Baden, 18. Juni 1920. Kartenstelle Baden-Baden. Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug. Mit der Erhebung der der Gemeinde durch § 8 der vorläufigen Bestimmungen über die Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug

1 Ltr. Vollmilch 2.— M, 1 Ltr. Mager- oder Buttermilch 1.40 M, 1 Ltr. Vorkaufsmilch 2.10 M, 1 Pfund Butter 16.— M. Baden-Baden den 10. Juni 1920. 1743. Abgabe von Zwieback an Kinder von 1 bis 2 Jahren. Familien, die Kinder im Alter von 1 bis zu 2 Jahren haben, können gegen Vorlage der Geburtsurkunde und der Vorkarte Zwiebackkarten bei der städt. Kartenstelle, Zimmer 10, in Empfang nehmen. 1742. Hierauf kann alsdann Zwieback an der städt. Verkaufsstelle (Marktplatz) abgeholt werden. Baden-Baden, 18. Juni 1920. Kartenstelle Baden-Baden. Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug. Mit der Erhebung der der Gemeinde durch § 8 der vorläufigen Bestimmungen über die Erhebung der Einkommensteuer durch Abzug

# Schuhverkaufszeit des Gewerkschaftskartells

## täglich von 9 bis 1 und 3 bis 6 Uhr

in der städtischen Ausstellungshalle Karlsruhe.

### Sozialdemokrat. Verein Bezirk Mühlburg.

Mittwoch, den 23. Juni, abends 7/8 Uhr,  
im „Hirsch“, Hardtstraße.

### Partei-Versammlung.

Thema:

### „Die verflochtenen Wahlen“.

Referent:  
Landtagsabg. Arbeiter-Sekretär Marzoff-Freiburg.  
Freie Aussprache!  
Vollständiger und eingeführter Gäste sind willkommen. Zahlreichen Besuch erwartet.  
Die Bezirksleitung.

### Deutscher Holzarbeiterverband

Zahlstelle Karlsruhe.

Büro: Hebelstraße Nr. 11, 2. Stock.

Dienstag, den 22. Juni, abends halb 5 Uhr  
falls gleich nach Geschäftsabschluss, findet im Saal III  
(Goldschmied), Waldstraße 16, eine

### Mitglieder-Versammlung

Tagesordnung:  
1. Geschäftsfrage.  
2. Bericht von der Maschinenarbeiter-Konferenz.  
3. Bericht der Ortsverwaltung.  
Wir erlauben um zahlreichem Besuch.  
Die Ortsverwaltung.

### Städt. Fischhalle

hinter dem Vierordtsbad.

Heute und morgen von 8-12 und 3-5 Uhr

Fortsetzung des

### Seefisch-Verkaufs

aus soeben eingetroffener Sendung.

Zum Verkauf gelangen:

Seehecht, Seelachs, Seeaal,  
Schellfische und Roibarsch

Backmaterial mitbringen. 1746

Nahrungsmittelamt der Stadt Karlsruhe.

### Erklärung.

Der Herr Abgeordnete Spang hat in einer Zuschrift an den Badischen Beobachter unter dem 17. Juni ds. Js., Nr. 135, auf unsere Aufforderung, seine Angriffe außerhalb des Landtags zu wiederholen, erklärt, daß er keinen Anlaß habe, sich mit der Badischen Landwirtschaftskammer über Ausführungen, die er im Landtag gemacht habe, vor Gericht oder in der Presse herumzustritten.

Diese Handlungsweise des Herrn Abgeordneten Spang ist ein trasser Mißbrauch der einem Abgeordneten zustehenden Redefreiheit, da er nicht den Mut findet, die schwersten Verdächtigungen gegen uns außerhalb des Landtags zu wiederholen. Wir überlassen die Beurteilung des Verhaltens des Herrn Abgeordneten Spang der Öffentlichkeit und erklären, daß wir daselbe nicht mit dem eines Ehrenmannes für vereinbar halten.

Badische Landwirtschaftskammer

Der Vorsitzende:  
J. L. Salzer. 4125

### Achtung!

Genau wie jede Konkurrenz liefert ich  
Herren-Sohlen und Fleck Mark 36.—  
Damen-Sohlen „ „ 30.—  
Eiga-Gummisohlen und Abfälle  
prima Qualität, zu den billigsten Preisen.  
In. Kernleder-sohlen zu dem jeweiligen Tagespreis.  
Alle Arbeiten in 24 Stunden.  
Schuhreparatur mit elektr. Betrieb, Albert Mayer  
Waldhornstraße 36, Ecke Jählingerstraße und Margrafenstraße.  
Man achte genau auf die Firma.

### Viel Geld verdienen | Darlehen

Verandgeschäfte, Bücherresende, Händler, Hausierer und Privatleute durch Betrieb meiner hochinteressanten Bücher und Postkarten. Verlangen Sie sofort Gratisprospekte vom Buchverlag G. F. Uet, Stuttgart, Schloßstraße 57 B.

### Städt. Badenstall

(Vierordtsbad)  
Karlsruhe

### Medizin. Bäder.

Pflanzennadel-Salz  
(Rappenauner oder Stassfurter).  
Mutterlauge und Schwefel- (Thio-pinol-)Bäder.  
Badezeit f. Herren u. Damen: Vorm. von 9-1 Uhr und nachm. v. 2 1/2-7 1/2 Uhr. Samstags bis 8 1/2 Uhr.  
An Sonn- und Feiertagen geschlossen.

### Meine Sprechstunden

sind jetzt wieder vormittags 10-12, nachmittags 2-4 Uhr.

### Dr. med. Otto Schwidop

Arzt für Nasen-, Rachen-, Ohren-,  
Krankheiten u. Sprachstörungen  
Kriegstr. 154 (zwischen Karlsruher u. Hirschstr.)  
Fernsprecher 1889. 4117

### Annahmestelle

der  
Wäschanstalt  
u. Rasenbleiche  
(Fr. Hollenbach)  
Mühlburg, Sternstr. 1.  
Neben, nimmt jeder Art  
Wäsche an. 3999

### Erklärung.

Herr Abgeordneter Spang hat sich in der 47. öffentlichen Sitzung des bad. Landtages unter dem Schutze der Immunität erlaubt, die bad. Landwirtschaftskammer eine der größten Schiebergesellschaften des bad. Landes zu nennen.

Die badische Landwirtschaftskammer griff zu dem einzigen Mittel, das ihr in diesem Falle zur Wahrung ihrer Ehre zur Verfügung stand: Sie forderte Herrn Spang auf, seine Behauptungen außerhalb des Landtages zu wiederholen, um dann gerichtlich wegen Verleumdung vorgehen zu können.

Was tut Herr Spang? Herr Spang erklärt einfach, er habe keinen Anlaß, sich mit der Landwirtschaftskammer über seine Ausführungen im Landtage vor Gericht oder in der Presse herumzustritten; er scheut also die gerichtliche Verhandlung, vertichtet sich in feiger Weise hinter dem Schutzwall der Landtags-Immunität und bringt aber auch nicht einmal so viel Anstandsgefühl auf, durch öffentliche Rücknahme der Behauptungen der schwer angegriffenen Körperschaft Genugthuung zu geben, trotzdem er mittlerweile sicherer fahren hat, daß die Landwirtschaftskammer in durchaus angemessiger Weise lediglich die Geschäftseinkünfte ihrer Obstverwertungsanstalt dem Voransch.-Verein Mühl zur Verfügung gestellt hat, um durch Ausfuhr eines kleinen Quantums Kirchen schwer bedrängte Waluta-Beschuldner des Mühlburger Bezirks vor großer Schädigung oder gar finanziellem Zusammenbruch zu bewahren.

Da die unerhörte und gemeine Verleumdung Spangs auch jeden Beamten der Landwirtschaftskammer trifft, erhebt der Betriebsrat der Landwirtschaftskammer, als die gesetzliche Vertretung der Beamten- und Angestelltenchaft der Landwirtschaftskammer gleichfalls schärfsten Protest gegen eine derartige gemeine Ehrabschneidung. Er glaubt mit jedem rechtlich denkenden Menschen der Ansicht sein zu müssen, daß für derartige gewissenlose und feige Ehrabschneider kein Platz im Landtag sein sollte.

Der Betriebsrat  
der Badischen Landwirtschaftskammer. 4126

## Wasch-Stoffe

Mtr. 9<sup>75</sup> Waschmousseline, Punktmull, gestreift Batist, Krepon, Kleidertüll

Mtr. 14<sup>50</sup> Waschmousseline, Mulle, weiß u. farbig, Kleiderzeфир, Voile bedruckt

Mtr. 18<sup>50</sup> bedruckt Voile u. Mousseline, hell und dunkel, Perkal, Kleiderkörper 90 cm brt. Kopftuchkattun

Mtr. 22<sup>50</sup> Voll-Voile 110 cm la Dirnd'l-Satin, Satin f. Knabenanzüge, einf. u. gestr.

Hermann Tietz Karlsruhe

### Angestellte!

Als vorteilhaftesten Ersatz für die Angestellten - Versicherung empfiehlt dringend den Abschluß einer Lebensversicherung

(früherster Termin 30. VI. 1920)

Allg. Deutscher Verf.-Verein a. G. Stuttgart  
Bezirksdirektion Karlsruhe, Gartenstraße 44a.  
Telefon Nr. 518  
Generalagent Georg Becker, Waldstr. 8  
Inspektor Leopold Haunss, Waldstr. 89 IV.

### Grundstücks-Zwangsversteigerung.

Grundstück: Gemarlung Karlsruhe, Bg. Nr. 2785: 4 a 42 qm mit Gebäuden Angartenstraße 33.  
Schätzung: 45 000 M.  
Versteigerungstermin: Dienstag, den 17. Aug. 1920, vormittags 9 Uhr, im Notariatsgebäude Akademiestraße 8. 1739  
Mündliche Auskunft gebührenfrei beim Notariat.  
Karlsruhe, den 14. Juni 1920.  
Bad. Notariat VI als Vollstreckungsgericht.

### Lager-Säffer

von 16 bis 50 Hektol., tadellose Qualität, billigst zu verkaufen. 4129

Mühlburger Branerei  
Karlsruhe-Mühlburg.

### ODEON-MUSIKHAUS

KARLSRUHE

KAISERSTR. 175 TELEFON N. 349

Wir suchen zum sofortigen Eintritt wirklich tüchtige  
Werkzeugdreher  
für dauernde Beschäftigung. 4128  
Progress-Werk Oberkirch u. G.  
Stadelhofen i. Renchtal.

### Sommersprossen!! verschwinden!

Auf welche einfache Weise teilt Leidensgenossen unentgeltlich mit Frau Elisabeth Fracht, Hannover C 4, Schließf. 238. 10982

No. 140

Seite 6

Bezugspreis  
Abholung in  
Lagen 3.80 M.

Berlin  
hat den  
Gehren  
nach hat die  
daß die  
halb zum

Berlin  
Reichsta  
Reichsprä  
die endg  
öringen.

Das n  
Zeitung" f  
ne t de s  
gegeben, d  
politische  
sein Ziel  
samten S  
Schaffung  
Staates n

W. B.  
aus zuber  
schützt a  
wie folgt  
(Str.). W  
Dr. W. i  
Reichswe  
mehrmin  
deine  
von Ka  
Reichsb  
entschied  
Beritum  
Belegte  
Frage. A  
Voraussi  
werden.  
allen Bar  
worden i  
durch sein  
en einen

Wir  
Unabhän  
gerlichen  
durch, da  
jein d  
Halbemo  
um Wän  
Die Fol  
bekomme  
ihnen die  
Die Ver  
Ziel der  
erreicht  
schwere  
beförten  
abhängig  
in Berlin  
Denber  
ocipenge  
ausrechn  
n. u. de  
Wünsche  
Vöder: z  
der sic  
Krautwe  
die Erb  
gerliche  
letztlich  
braucht  
fassung  
birgerlic  
Arbeiter  
Krausen  
Sie hat

Das  
237  
er M  
Präsident  
des Re  
Voraus  
täglich  
ien, n  
ung

Ansic  
W  
hand  
mit 57  
sialb  
hera